

Substanzielles Protokoll 161. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. November 2025, 21.00 Uhr bis 23.34 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Janina Flückiger

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Selina Frey (GLP), Stefan Reusser (EVP), Derek Richter (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 17. | 2025/332 | Weisung vom 20.08.2025:
Human Resources Management, Einführung CMplus, neue
wiederkehrende Ausgaben | FV |
| 18. | 2025/503 A | Postulat von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz
(Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 29.10.2025:
Weiterentwicklung und Verstetigung des Angebots CMplus | FV |
| 19. | 2025/369 ! | Weisung vom 03.09.2025:
Finanzdepartement, Jubiläumsdividende der Zürcher
Kantonalbank, Abschlussbericht | FV |
| 20. | 2025/389 | Weisung vom 10.09.2025:
Tiefbauamt, Hänggerwehr, Sicherheitsmassnahmen für die
Ein- und Auswasserung von Freizeitbooten, Zusatzkredit | VTE |
| 21. | 2025/395 A | Dringliche Motion von Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP),
Selina Walgis (Grüne) und 7 Mitunterzeichnenden vom
10.09.2025:
Betrieb von niederschwelligen, dezentralen Anlaufstellen an
geeigneten Standorten in städtischen Quartieren für kostenfreie
und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung | VS |

- | | | | | |
|-----|----------|-------|--|-----|
| 22. | 2025/481 | E/A | Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären Rettungsaktion | VS |
| 23. | 2024/463 | ! E/A | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 25.09.2024:
Förderung der Velonutzung in Witikon

* Keine materielle Behandlung
! Behandlung in reduzierter Debatte | VTE |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

- 5388. 2025/332**
Weisung vom 20.08.2025:
Human Resources Management, Einführung CMplus, neue wiederkehrende Ausgaben

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 160, Beschluss-Nr. 5388/2025).

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Das Angebot CMplus ermöglicht Teilhabe, ist wichtig für die Arbeitsintegration und die berufliche Wiedereingliederung. Es hat sich als wirksam erwiesen und ermöglicht eine Anpassung an individuelle Bedürfnisse – für den Betrieb, für die Stadt Zürich, für den Erhalt von Fachwissen. Wir Grünen unterstützen die Überführung in den Regelbetrieb, weil uns inklusive Personalpolitik wichtig ist. Gleichzeitig ist es relevant, dass das erfolgreiche Angebot erweitert und das Potenzial vollständig ausgeschöpft wird. Darum haben wir das Postulat mit eingereicht.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP stimmt der Vorlage CMplus sehr gerne zu. Sie ergänzt das etablierte städtische Case Management sehr sinnvoll. Wir konnten uns in der Kommission davon überzeugen, dass dank CMplus eine neue Zielgruppe systematisch und gut mit zielführenden Massnahmen unterstützt werden kann. Das Programm stellt einen Mehrwert dar. Es ist gut, CMplus in einen unbefristeten Regelbetrieb zu überführen. Dies hilft nicht nur den Betroffenen, sondern entlastet auch die Gemeinschaft von hohen sozialen Folgekosten. Das Postulat lehnt die Fraktion Die Mitte/EVP jedoch ab. Wir sind überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Stadt für jede betroffene Person die jeweils beste und geeignetste Lösung finden. Wir möchten nicht ins operative Geschäft eingreifen. Die Stadt Zürich entwickelt CMplus bereits stetig weiter.

Serap Kahriman (GLP): *Die GLP wird dieser Vorlage ebenfalls zustimmen. Es handelt sich um gute, nachhaltige Arbeitnehmer*innenpolitik. Wir möchten, dass diese so weitergeführt wird. Wir werden auch dem Postulat zustimmen. Wir verstehen es als Prüfauftrag, um zu evaluieren, wie die Weisung weiterentwickelt werden kann.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Dr. Jonas Keller (SP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Micha Amstad (SP) (für vakanten Sitz SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Luca Maggi (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Christian Traber (Die Mitte) i. V. von Karin Stepinski (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für CMplus werden neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 600 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Januar 2026)

5405. 2025/503

**Postulat von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 29.10.2025:
Weiterentwicklung und Verstetigung des Angebots CMplus**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/332, Beschluss-Nr. 5388/2025

Anjushka Früh (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5327/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 72 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5406. 2025/369

Weisung vom 03.09.2025:

Finanzdepartement, Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank, Abschlussbericht

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Abschlussbericht» vom Mai 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Luca Maggi (Grüne): Wir kommen zum dritten und abschliessenden Bericht über die Nutzung eines Teils der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Im Juni 2020 schüttete die ZKB 13,6 Millionen Franken als Jubiläumsdividende an die Stadt Zürich aus. Die Hälfte dieses Geldes, also 6,6 Millionen Franken, sollten gemäss Gemeinderatsbeschluss zugunsten von Jugendlichen und Umwelt- und Klimaprojekten gesprochen werden. Der Betrag wurde auf drei Bereiche aufteilt: 5,4 Millionen Franken gingen an den Projektwettbewerb «Für Züri» für grössere Projekte, je 600 000 Franken an das partizipative Budget «Stadtidee» für kleinere Projekte und die Anschubfinanzierung «Euses Züri» für die Umsetzung der Kinder- und Jugendpartizipation in Zürich. Alle Projekte finden sich im Bericht der Weisung. Im Wettbewerb «Für Züri» gingen 253 Projekteingaben ein. Daraus resultierten 51 Gewinnprojekte, wovon 46 bis zum Abschluss des Projektwettbewerbs umgesetzt werden konnten. Im zweiten Projekt wurden insgesamt 167 Ideen eingereicht. 61 davon wurden in einer Onlineabstimmung zur Umsetzung ausgewählt. Das dritte Projekt läuft noch bis Ende des Jahres 2025. Die Stadt sollte mit der Jubiläumsdividende etwas Besonderes zugunsten der Bevölkerung umsetzen, was mit diesen drei Projekten gelang. Die Mehrheit der Kommission nimmt deshalb den Bericht zur Kenntnis und empfiehlt die Annahme. Wir Grünen bewerten die Projekte als interessant und gut, wobei sich nicht viel Bahnbrechendes oder Neues darunter findet. Der Zweck, wofür das Geld gesprochen wurde, konnte jedoch in allen drei Bereichen erfüllt werden. Weniger zufrieden sind wir mit einem anderen Teil der ursprünglichen Weisung zur ZKB-Jubiläumsdividende: den 7 Millionen Franken, die zugunsten der Armutsbetroffenen gesprochen wurden. Es wurde eine kreditschaffende Weisung gefordert. Diese wurde nicht vorgelegt. Auf Nachfrage wurde uns mitgeteilt, dass 1,3 Millionen Franken für Laptops für Armutsbetroffene aufgewendet wurden. Ansonsten wurde auf Projekte verwiesen, die so oder so realisiert worden wären. Der Grossteil des Geldes floss also in die allgemeine Stadtkasse. Wir müssen uns überlegen, ob mit dem übrigen Betrag nicht noch mehr zugunsten Armutsbetroffener erreicht werden kann. Der Bericht schliesst die Projekte ab und wir empfehlen ihn deshalb zur Annahme.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Die ZKB wollte mit der Jubiläumsdividende die gesamte Bevölkerung an ihrem Jubiläum teilhaben lassen. Und was machen Sie? Sie verteilen das Geschenk an Ihre Klientel. Es wird seitenlang aufgelistet, wo das Geld versickert ist. Sie haben das Geld an Ihnen nahestehende Organisationen verteilt. Diese Projekte werden ja sowieso schon realisiert. Wir geben in den nächsten Jahren durch Ihre Projekte, die Sie mit Netto-Null aufgegleist haben, 12 Milliarden Franken aus – und jetzt wird noch ein Tröpfchen mehr verteilt. In der Weisung steht, der Projektwettbewerb für Zürich wäre auf grosses Interesse bei der Bevölkerung gestossen und es seien insgesamt 253 Projekte eingegangen. Aber wir haben 450 000 Einwohner; das Interesse bewegt sich also im «Milli-Bereich». Von den Links, wo man sich bewerben konnte, hat ausser Ihrem Dunstkreis in der Klimabranche vermutlich nie jemand gehört. Ich jedenfalls nicht und ganz

viele Leute, die ich gefragt haben, ebenfalls nicht. Es ist alles sehr undurchsichtig und nicht das, wofür das Geld gedacht war. Nehmen Sie einmal einen Perspektivenwechsel ein. Schauen Sie im Spiegel, wie Sie da mit öffentlichem Geld umgehen.

Weitere Wortmeldung:

Flurin Capaul (FDP): *Wir sehen vor allem das Projekt «Stadtidee» sehr kritisch: weniger wegen der Organisationen, die das Geld bekommen haben, sondern wegen der Wirkung im Ziel. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) hat detailliert darüber berichtet und ein konkretes Projekt beleuchtet. Die Idee eines Herren war, Balkone rund um den Idaplatz zu begrünen. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, hundert Balkone zu begrünen. Das Saatmaterial, das er gekauft hat, hätte sogar für tausend gereicht. Leider hat niemand mitbekommen, welche Balkone dann wirklich begrünt wurden. Auch er selbst konnte das nicht genau ausweisen. Bei diesem partizipativen Ansatz der «Stadtidee» weiss man kaum mehr, wohin mit dem Geld. Noch viel mehr stört uns, dass beim Pilotquartier Netto-Null dasselbe passiert. Da können Projektideen eingereicht werden, um zwischen 5000 und 200 000 Franken Förderung zu erhalten. Wir befürchten, damit wieder nur ein paar lustige Ideen mit wenig Wirkung zu fördern. Wir nehmen den Bericht zähneknirschend ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Als die ZKB bekannt gab, dass sie die Jubiläumssonderdividende ausschüttet, habe ich gleich am nächsten Mittwoch die ersten Vorstösse im Gemeinderat erwartet – doch diese gingen auch nach drei, vier Wochen nicht ein. Daraufhin habe ich mir erlaubt, in meiner Jahresmedienkonferenz die Idee zu platzieren, die Mittel für Jugendliche einzusetzen, die in der Regel Mühe haben, an Geld für ihre Projekte zu gelangen. Weitere Ideen kamen auf: Die Themen Klima und Partizipation wurden für wichtig befunden. Letztlich flossen die Mittel in diese Richtung. Es lief nicht alles rund. Es ging mir ähnlich wie Luca Maggi (Grüne). Aber es gibt doch ein paar Projekte, die weiterwirken. Zudem haben sie Erfahrungen ermöglicht. Es wurde von Klientelprojekt gesprochen. Bereits in der Kommission habe ich gesagt: In der Gewerbeverbandszeitung des Kantons wird gefühlt in jeder zweiten Nummer ein Unternehmen porträtiert, das im Bereich der Nachhaltigkeit sein Geld verdient. Das sagt viel aus. Zu den weiteren Mitteln, die nicht beansprucht wurden, informierte STR Raphael Golta mehrfach. Ich kann nachvollziehen, dass man sich mehr erhofft hat. Aber es zeigt vielleicht auch, dass das soziale Netz der Stadt Zürich nicht mehr viele Lücken hat und dass für diese Gruppe schon einiges gemacht wird. Sicher würde man, wäre dieses Budget jährlich wiederkehrend, ein paar Sachen anders machen. Aber es handelte sich um eine schlanke Projektleitung. Man wusste über die Einmaligkeit. Insgesamt war es eine positive Erfahrung. Für Junge löste es eine Initiative aus, die ich sehr schätze. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Regierungsrat und der Bundesrat Sans-Papiers regularisieren sollten.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Abschlussbericht» vom Mai 2025 (Beilage) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Luca Maggi (Grüne); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Micha Amstad (SP) (für vakanten Sitz SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Christian Traber (Die Mitte) i. V. von Karin Stepinski (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Samuel Balsiger (SVP); Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Luca Maggi (Grüne); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Micha Amstad (SP) (für vakanten Sitz SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Christian Traber (Die Mitte) i. V. von Karin Stepinski (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Samuel Balsiger (SVP)

Enthaltung: Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 12 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Abschlussbericht» vom Mai 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025

5407. 2025/389

Weisung vom 10.09.2025:

Tiefbauamt, Hönggerwehr, Sicherheitsmassnahmen für die Ein- und Auswasserung von Freizeitbooten, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für Sicherheitsmassnahmen am Hönggerwehr wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 930 000.– gemäss Verfügung VTE Nr. 15835 vom 2. Juni 2022 ein Zusatzkredit von Fr. 1 670 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 600 000.– (Preisstand 1. April 2025, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Markus Knauss (Grüne): *Es ist ein vergleichsweise neues Phänomen, dass Leute mit Schlauchbooten oder anderen aufblasbaren Gefährten die Limmat befahren. An heissen Sommertagen suchen viele Leute in der Limmat Kühlung und lassen sich vom Letten oder vom Wipkingerpark bis nach Dietikon treiben. Mittendrin befindet sich das Höng-*

gerwehr, das ein Hindernis darstellt. Vor dem Hönningerwehr muss man mit diesen Gefährten aus der Limmat aussteigen und danach wieder einsteigen. Es sind viele Leute auf engem Raum unterwegs, was beim Ausstieg zu Problemen und gefährlichen Situationen führen kann. Die Stadt Zürich reagierte, indem sie im Juni 2022 auf der linken Flussseite eine Auswasserungsstelle schuf. Diese war provisorisch in Holz gestaltet. Mittlerweile ist das Ende ihrer Betriebsdauer in Sicht und sie soll durch ein Definitivum ersetzt werden. Vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) würden wir eine Konzession bis ins Jahr 2050 erhalten. Die provisorische Auswasserungsstelle aus Holz soll durch einen Stahlsteg ersetzt werden. Vor diesem Stahlsteg in Richtung Fluss ist ein 6 Meter breiter und 35 Meter langer Holzsteg geplant, damit dort viele Leute gleichzeitig aussteigen können. Für den Einstieg wird eine naturnah gestaltete Einwasserungsstelle geplant. Dabei handelt es sich um eine Böschung, die durch Quadersteine und Blocksteine gesichert wird, damit sie nicht abrutscht. Diese Einwasserungsstelle ist ungefähr 40 Meter lang. Weil mit diesem Projekt schutzwürdige Uferbereiche tangiert werden, werden unterhalb der Einwasserungsstelle in Zusammenarbeit mit dem AWEL und dem kantonalen Amt für Landschaft und Naturschutz ökologische Ausgleichsmaßnahmen geschaffen. Stillwasserzonen und Uferstrukturen werden eingerichtet, die neue Lebensräume für Fische und Amphibien darstellen. Auch die bestehenden Auenbereiche werden aufgewertet. Die Stadt Zürich gab bisher 930 000 Franken für die provisorischen Massnahmen aus. Dies lag in der Kompetenz des Stadtrats. Dieser Betrag wird jetzt mit 1,67 Millionen Franken ergänzt. Damit wurde die Grenze von 2 Millionen Franken überschritten, weshalb wir heute im Gemeinderat darüber diskutieren. Von diesem Zusatzkredit über 1,67 Millionen Franken fliessen 1,02 Millionen Franken in Bauten und Naturschutz, also in Sachleistungen. 250 000 Franken sind für Rückbaukosten eingestellt, weil unsere Konzession im Jahr 2050 ausläuft. Der restliche Betrag ist für Mehrwertsteuer, Verwaltungskosten und Reserve eingeplant. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die Bauten für einen sicheren Betrieb der Freizeitschiffahrt auf der Limmat nötig und zweckmässig sind und beantragt die Zustimmung zur Weisung.

Kommissionsminderheit:

Stephan Iten (SVP): Was Kommissionspräsident Markus Knauss (Grüne) sagte, klingt wunderschön und stimmt selbstverständlich. Aber 2,6 Millionen Franken für ein paar Holzbretter sind zu viel. Dabei handelt es sich um den «Züri-Finish»: Immer wenn die Stadt Zürich etwas macht, kostet es ein Vermögen. Die Stadt Zürich will auch öffentliche WC-Anlagen zur Verfügung stellen. Diese waren bisher nicht nötig und sind es auch künftig nicht. Zusätzlich soll es eine Abfallsammelstelle geben, die begünstigen soll, dass Einweg-Gummiboote entsorgt werden können. Was ist mit der Kreislaufwirtschaft? Wir geben viel Geld für mobile Recyclinghöfe aus und nun sollen dort Boote gratis entsorgt werden können. Dazu kommt, dass die Verlängerung des Stegs gar keine zusätzliche Sicherheit gewährleistet. Sie bietet etwas mehr Komfort, aber gegen die Gefahr, dass Leute ins Wehr gerissen werden, wird nichts unternommen. Weshalb die Bootsrampe nicht freigegeben wird, verstehen wir nicht. Diese wird nur alle paar Jahre einmal für die Hirsebreifahrt genutzt. Der Nutzungskonflikt von Fussgängern und Velofahrern kommt dazu. Zudem gibt es ein Problem mit krassen Verletzungen der Bestimmungen durch die Bootsfahrenden: Niemand trägt Schwimmwesten, Alkohol und Drogen werden konsumiert, Boote werden zusammengebunden. All dies ist illegal. Beim Autofahren wäre all dies undenkbar. Die Bootsfahrenden mit ihren Gettoblastern verursachen Lärm, schaden der Natur und den Anwohnern. Wir haben Laubbläser verboten, weil ein paar Insekten betroffen sind, aber wenn es auf dem Fluss ist, spielen Lärm, Fische, Enten keine Rolle. Viele Tiere wie beispielsweise die Nachtfalter werden in ihrer Erholung gestört. Diesem Projekt können wir nicht zustimmen. Ich bitte euch Vernunft walten zu lassen und dem Stadtrat den Auftrag zu geben, es günstiger zu machen.

Severin Meier (SP): Das Höneggerwehr bleibt ein gefährlicher Abschnitt für Schlauchbootfahrende. Die geplanten baulichen Massnahmen, definierte Ein- und Auswasseungsstellen, neue Signalisationen und die Bojensperrzone erhöhen die Sicherheit entscheidend und verhindern lebensgefährliche Situationen. Für die SP ist klar, dass die Sicherheit oberste Priorität haben muss. Die Ausgaben, die die SVP anbrachte, bewegen sich für uns im Mass. Es geht um potenziell lebensgefährliche Situationen für die Schlauchbootfahrenden. Wir müssen die Sicherheitssituation erhöhen. Wir stimmen zu.

Andreas Egli (FDP): Ich komme aus Höngg und kenne die Situation dort relativ gut. Wenn betrunkene Freizeitkapitäne Richtung Wehr fahren, wird es sehr gefährlich. Verschiedene Überlegungen wurden in der Kommission angestellt. Weder Ketten noch Rechen bringen einen grossen Nutzen: Gewisse Leute sind – tut mir leid – nicht zu retten. Doch denjenigen mit Selbstverantwortung soll die Möglichkeit gegeben werden, sicher vor dem Wehr auszuwassern. Das Provisorium aus Holz ist ein paar Jahre alt. Das Flusswasser der Limmat hat das Holz angegriffen, weshalb es ersetzt werden muss. Markus Knauss (Grüne) sagte, das neue Projekt sei ebenfalls aus Holz. So wurde es ursprünglich geplant. Wir haben gefragt, was es kosten würde, Stein- statt Holzplatten zu verwenden. Uns wurde zugesichert, das Projekt sei auch mit Steinplatten möglich. Dies wäre im Rahmen des Budgets machbar und würde die Renovations- und Unterhaltskosten deutlich reduzieren. Wir hoffen deshalb, dass es aus Steinplatten gebaut wird. Der einzige Kritikpunkt von Stephan Iten (SVP), den ich gelten lassen kann, sind die Kosten. Es handelt sich umgerechnet um rund 145 000 Franken Jahreskosten. Das ist ein Preis, den wir bereit sein müssen zu tragen, wenn so viele Leute sich im Sommer auf einer Bootsfahrt vergnügen wollen. Eine Alternative wäre, das Schwimmen und Bootfahren oberhalb des Wehrs zu verbieten. Eine weitere Alternative wäre die Entfernung des Wehrs und somit der Stromproduktion. Beide Wege befürworten wir von der FDP nicht, weswegen wir in den finanziell sauren Apfel beissen müssen. Kritisiert wurde auch die Toilette. Die Leute erledigen ihr Geschäft sonst im Fluss oder hinter einem Baum im Wohnquartier. Als Anwohner kann ich das nicht unterstützen. Zwei Toilettenkabinen aufzustellen, bewegt sich in einem vernünftigen Rahmen und hat nichts mit einer Luxuslösung zu tun. Dass die provisorische Anlage durch eine definitive ersetzt wird, ist kostengünstig. Viel teurer wäre es, alle fünf Jahre eine provisorische Anlage zu errichten. Es gibt Projekte, für die die Stadt zu viel Geld ausgibt, aber in diesem Bereich lohnt es sich. Der von Stephan Iten (SVP) erwähnte Bootssteg wird vom Wasserfahrverein Höngg sehr regelmässig genutzt. Die FDP unterstützt deshalb den Kredit und freut sich, dass sicher «gebötelt» werden kann, ohne dass die Stromproduktion reduziert werden muss.

Sven Sobernheim (GLP): Wenn man sieht, wie viele Menschen auf der Limmat unterwegs sind, lohnt sich eine Investition, um es sicher zu machen. Die SVP findet die Ausgaben zu hoch. In Dietikon mit einem SVP-Wähleranteil von 30,5 Prozent und einem SVP-Gemeindepräsidenten seit dem Jahr 2018 wurden für die Neugestaltung der Nötzliwiese mit Toilette, Abfalleimer und Ausstieg auch 2,25 Millionen Franken ausgegeben.

Sandra Gallizzi (EVP): In den Sommermonaten herrscht auf der Limmat ein sehr hoher Freizeitverkehr: Zahlreiche Schlauchboote und Schwimmende mit diversen Schwimmhilfen sind unterwegs. Insbesondere im Bereich des Höneggerwehrs kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen und zu Kapazitätsengpässen beim Ein- und Auswassern. Um die Sicherheit und den Ablauf beim Überwinden des Wehrs zu verbessern, sind bauliche Anpassungen vorgesehen. Diese sollen eine bessere Verteilung der Nutzenden ermöglichen und die Gefährdung beim Aus- und Einwässern reduzieren. Welche Massnahmen ergriffen werden, haben wir gehört. Zusätzlich sollen temporäre WC und Abfallcontainer angebracht werden. Dies kann bei diesem grossen Andrang in den Sommermonaten definitiv nicht schaden. Wir wollen nicht, dass überall Abfall herumliegt und möglicherweise in der Limmat landet und flussabwärts schwimmt. Auch um die WC

wird so mancher Bootsfahrende oder Fussgänger froh sein. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und somit auch die Weisung.

Stefan Urech (SVP): Ich bin sehr erstaunt, wie die GLP und die Grünen vom Bootsverkehr auf der Limmat fasziniert sind. Auf ihrer Webseite schreibt die Grüne Stadtpartei, sie würden sich für Lebensräume, Tiere, Erholungsräume und Pflanzen einsetzen. Balz Bürgisser (Grüne) trug uns einmal eine Liste von Insekten vor, die von einem Schulpavillon zerdrückt werden, wenn er aufgestellt wird. Ich hatte das Glück, mit zwölf Jahren ans Limmatufer zu ziehen und konnte miterleben, wie sich die Limmat von einer Oase für Tiere und Pflanzen zu einer Partymeile für Jugendliche und Junge in der Stadt Zürich entwickelte. Die Fischreiherr wurden durch aufblasbare Flamingos und die Entenfamilien durch betrunkene Partygänger ersetzt, die laut Musik hören. Die Bereitstellung einer Infrastruktur fördert dies. Sie haben vor rund sieben Jahren ein Postulat eingereicht, dass nicht nur Schutzinfrastruktur, sondern eine Rutsche durch das Hönggerwehr forderte, damit Zürich zum internationalen Hotspot für «Böötl-Tourismus» wird. Das lässt mich zweifeln, dass Sie es mit der Biodiversität, dem Erholungsraum für Tiere, ernst meinen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Es klingt alles reichlich kompliziert und teuer mit dem Wehr. Es ist ganz klar, dass dort – wenn man nicht will, dass der Schmutz und Fäkalien in der Limmat landen – solche Entsorgungsstätten eingerichtet werden müssen. Einen Vorschlag habe ich vermisst, der sicher gut für die Ente und die Sicherheit wäre. Er wäre langfristig billig, weil keine Zusatzkosten entstünden. Andreas Egli (FDP) hat es kurz angedeutet, aber nur mit dem Hönggerwehr. Ich denke auch an das Wehr beim Drahtschmidli. Ich hätte mir vorstellen können, dass die SVP sagt: Nieder mit den Wehren, Freiheit für den Zürichsee. Das wäre naturnah und müsste auch den Grünen gefallen. Die Stromproduktion ist nicht so gross, dass wir nicht darauf verzichten könnten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Schönes Sommerwetter, angenehme Wassertemperaturen und ein Sonntagnachmittag: Das sind die Zutaten für eine Limmat, übersät mit Booten und aufblasbaren Gummiviehern. So friedlich das über weite Strecken ist: Der Fluss hat seine Tücken, besonders beim Hönggerwehr. Immer wieder wird es dort ungemütlich – nämlich dann, wenn man statt zum Ausstieg in Richtung Wehr getrieben wird. Und auch wenn es glatt läuft, gibt es bei grossem Andrang schnell einmal ein riesiges Chaos an der Ausstiegsstelle. Der neue Holzsteg soll länger und so gebaut werden, dass mehrere «Böötl*innen» nebeneinander bequem auswassern können. Flussabwärts wird die Einwasserungsstelle auf 40 Meter verlängert. Dort kann man nach ein paar Metern zu Fuss die Luftmatratze, das Boot oder das schwimmende Einhorn wieder ins Wasser lassen und die Fahrt geht weiter. Im Wesentlichen geht es um Sicherheit. Als Nebeneffekt wird der Punkt beim Hönggerwehr ein wenig komfortabler. Die ökologischen Ersatzmassnahmen sind im Projekt enthalten, sodass es für die Natur keinen Abstrich gibt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Michael Schmid (AL), Xenia Voellmy (GLP)
Minderheit: Derek Richter (SVP), Referat; Stephan Iten (SVP)
Enthaltung: Anna Graff (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für Sicherheitsmassnahmen am Höggerwehr wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 930 000.– gemäss Verfügung VTE Nr. 15835 vom 2. Juni 2022 ein Zusatzkredit von Fr. 1 670 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 600 000.– (Preisstand 1. April 2025, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Januar 2026)

5408. 2025/395

Dringliche Motion von Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP), Selina Walgis (Grüne) und 7 Mitunterzeichnenden vom 10.09.2025:

Betrieb von niederschwelligen, dezentralen Anlaufstellen an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren für kostenfreie und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

***Tanja Maag (AL)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5062/2025): Warum finden wir das Konzept der Drehscheibe sinnvoll? In einer Stadt, die sich schnell verändert, die innert Kürze eine Verdichtungsentwicklung durchmacht mit einschneidenden Folgen für die Menschen und mit Quartieren, die neu durchmischt wachsen, ist es notwendig, niederschwellige Strukturen zu schaffen. Es braucht Strukturen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe ermöglichen. Wichtig an diesem Konzept ist die Gemeinwesenensorientierung; eine soziale Praxis, die klassistischen Ausgrenzungen entgegenwirken kann. Vergangene Entscheidungen der Stadt Zürich wie die Schliessung der Kreisbüros riefen das Pilotprojekt der Drehscheibe ins Leben. Der Pilotversuch wurde als Ergebnis eines Mitwirkungsverfahrens aus vier Bereichen begründet, beispielsweise die Überprüfung der Schnittstellen zwischen Stadt und Quartier, Mitwirkungsverfahren für die Altersstrategie, frühe Förderung, Analyse der Angebote in der frühen Kindheit und integrationspolitischen Ziele der Stadt Zürich. Die beiden Drehscheiben – die privat organisierte in Zürich-Altstetten und die städtische in Zürich-Oerlikon – haben im Jahr 2022 ihren Betrieb aufgenommen und waren auf unterschiedliche Art und Weise aktiv. Beide müssen ihren Betrieb auf Ende 2025 einstellen. Im Evolutionsbericht der Firma INFRAS ist festgehalten, dass die Drehscheiben während ihrer eineinhalbjährigen Tätigkeit viel geleistet haben. Sie wurden gut genutzt und boten einen klaren Mehrwert. Im Bericht wird den Drehscheiben bescheinigt, dass sie in kurzer Zeit einiges aufgebaut haben. Befremdlicherweise werden die Hinweise zur Optimierung und Weiterentwicklung der Drehscheiben in der Stellungnahme des Stadtrats*

als Argument gegen die Drehscheiben genutzt. Beide Drehscheiben verzeichnen kontinuierlich wachsende Besuchendenzahlen. Es herrscht ein grosses Unverständnis, wieso die Stadt das gut genutzte Angebot nicht weiterführen will. Beide Drehscheiben konnten zudem bei Mitwirkungsverfahren der Stadt einbezogen werden und wertvolles Quartierwissen einbringen – genau das, was der Verwaltung offenbar mehr und mehr zu fehlen scheint. Die Drehscheiben wurden von Jugendlichen und alten Menschen aus allen Schichten besucht. Zudem haben die beiden Stellen einen mobilen Ansatz entwickelt, der über das ursprüngliche Konzept hinausging. Die Quartierorganisationen haben den Mehrwert geschätzt. Sie sehen, dass die Stadtverwaltung mit den Drehscheiben näher an der Quartierbevölkerung ist, dass die Drehscheiben eine Brückenfunktion einnehmen, dass der Mehrwert insbesondere bei sozialen Anliegen hoch ist. Die Drehscheibe wurde als neutraler Akteur geschätzt, weil sie kein eigenes Angebot bewerben musste. So ein Prozess braucht Zeit und hätte mindestens eine Schlussevaluation nach drei Jahren verdient. Die Ergebnisse datieren vom September 2024, als sich die Anlaufstellen im Aufbau befanden. Das war zu früh. Den Prozess zu diesem Zeitpunkt abzuwürgen – insbesondere, wenn eine unabhängige Analyse sehr viele positive Aspekte aufzeigt – ergibt keinen Sinn. Das Beenden der Drehscheibe missachtet den demokratisch eruierten Bedarf, der in der Stellungnahme des Stadtrats nicht thematisiert wird. Der Stadtrat macht es sich zu einfach, wenn er behauptet, dass der Aufwand gemessen am Erfolg zu hoch sei. Eine rot-grüne Stadtregierung sieht das Potenzial nicht und missachtet die positiven Rückmeldungen der Besuchenden und Quartierorganisationen. Die Quartierorganisationen haben sich rege beteiligt, die Stadtverwaltung mauert. Die politische Entscheidung des Stadtrats, das Pilotprojekt ohne Folgemaassnahmen zu beenden, wollen wir nicht tatenlos hinnehmen. Das Drehscheibenkonzept stärkt die Kooperationskultur, fördert Begegnungen, das Zusammenleben, den Zusammenhalt und das Vertrauen in die städtischen Strukturen. Die soziale Benachteiligung kann vermindert und die Lebensqualität im Quartier erhöht werden. Stimmen Sie dieser Motion zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Tanja Maag (AL) schilderte gut das Motiv des Stadtrats wie auch der am Partizipationsprozess beteiligten Organisationen, diese Drehscheiben zu lancieren. Ich bin durchaus einverstanden damit, dass die Zeit etwas zu knapp für einen angemessenen Pilotversuch war. Man konnte sicher nicht so weitgehende Erfahrungen machen, wie es in einem anderen Setting der Fall gewesen wäre. Der Stadtrat ist dennoch der Meinung, dass die Zeit und Erfahrung ausreichen, um festzustellen, dass Aufwand und Nutzen des Modells in einem ungenügenden Verhältnis stehen. Wir müssen daran arbeiten, wie wir in Kontakt mit der Bevölkerung bleiben, wie wir in den Quartieren präsent sind, wie wir Leistungen in die Quartiere bringen – aber nicht auf dem Weg der Drehscheiben. Die Erfahrungen daraus nehmen wir mit. Es gibt andere Angebote der Stadt, die wir basierend auf bestehenden Infrastrukturen ausbauen wollen. Aus diesem Grund bittet der Stadtrat darum, diese Motion nicht zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich gebe meine zwei Interessenbindungen bekannt. Ich nahm im Jahr 2016 am Mitwirkungsprozess teil: Ich sass zwei Wochen im Siemens-Gebäude in Albisrieden und durfte mir Gedanken dazu machen, wie sich die Quartiervereine und quartiervereinsähnlichen Organisationen entwickeln sollen. Und ich bin Präsident des Quartiervereins Seebach, der eine der Drehscheiben begleitete. Aus dem Mitwirkungsprozess im Jahr 2016 resultierten zwei Ergebnisse. Das eine endete in der Homepage «Mein Quartier», die der Stadtrat Ende 2025 einstellt. Das andere sind die Drehscheiben. Ich persönlich konnte mir die Drehscheiben nie vorstellen. Sie wurden als Eier legende Wollmilchsau präsentiert: Eine Person, die alle Leute im Quartier kennt,

alle Fragen beantworten kann, alle Angebote vermitteln oder selbst anbieten kann – bei 50 Stellenprozent. Was den Leuten aus dem Mitwirkungsprozess vorschwebte, war das Quartiernetz Friesenberg für die ganze Stadt. Friesenberg ist ein winziges Quartier, getragen von drei grossen Grundeigentümern und der Stadt, die das Ganze finanzieren, beleben, vermitteln. Dies in grösseren Quartieren umzusetzen, ist völlig absurd und illusorisch. Ihr sagt, der Bericht zeige, dass das Angebot von allen geschätzt wurde. Am positivsten über dieses Angebot gesprochen haben diejenigen, die es betrieben haben. Alle anderen sagten, sie hätten einen guten Job gemacht, aber die Abgrenzung zum Gemeinschaftszentrum (GZ) und Schreibdienst des Sozialdepartements sei unklar. Am meisten aufgeregt hat mich die Aussage, das Projekt sei demokratisch eruiert worden. Involviert war jedoch eine zufällige Auswahl an Personen mit einem hohen Altersdurchschnitt. Das Einzige, was der Stadtrat in seinen Antworten missachtet, ist das positive Feedback der Angestellten der Drehscheiben. Als Quartierverein hätte ich die Drehscheibe auch weiter genommen. Aber als Steuerzahler und Gemeinderat dieser Stadt muss sagen: Das Preis-Leistungs-Verhältnis lohnt sich definitiv nicht. Zudem nutzte sie Räumlichkeiten, Infrastrukturen. Das einzige Angebot, das wir als GZ weiterführen, ist das Sozialtreffen. Bei alle anderen Angeboten war die Drehscheibe einfach dabei.

Samuel Balsiger (SVP): Vor einigen Jahren hatte ich Angst, dass die Quartiervereine abgeschafft würden, wie STP Corine Mauch es wollte. Es gab eine Interessensgemeinschaft Quartierverein im Gemeinderat, in der sich alle Parteien austauschten. Die Abschaffung wurde abgelehnt. Nun wurde es durch die Schaffung einer Parallelstruktur mit Staatsangestellten – der Drehscheibe – versucht. Denn die Quartiervereine sind durchaus aufmüpfig. In Zürich-Altstetten wehrte er sich erfolgreich gegen die Umlegung der Tramlinie 2. Die Drehscheiben waren immer leer, wenn ich vorbeilief. Pro Tag besuchten in einem Quartier mit 50 000 Einwohnern vier Personen die Drehscheibe – wobei es sich um eine Selbstdeklaration handelte. Das Interesse ist nicht vorhanden, das Angebot nicht ersichtlich. Die Drehscheiben sollten über das vielfältige Angebot der Stadt und privater Organisationen im Quartier aufklären. Wenn ich so etwas wissen will, frage ich ChatGPT oder Google. Es gibt x andere Anlaufstellen und der Staat ist bedacht, Angebote und Stellen auszubauen. Frage ich den Stadtrat in der Kommissionssitzung, was mit diesen vielen doppelspurigen Vereinen ist, gibt er keine Antwort. Beispielsweise bei der frühen Förderung der Kinder liegt eine Karte mit unendlich vielen Pünktchen und Schnittstellen vor – alles doppelspurig. Niemand weiss, warum es das braucht. Einem unnötigen Angebot den Stecker zu ziehen, ist mutig vom Stadtrat. Die Bestrebungen, den Quartierverein als kritische Stimme aus dem Weg zu schaffen, ist mit dem Beenden der Drehscheiben gestorben. Die Quartiervereine bleiben die Schnittstellen zwischen Bevölkerung und Stadt. Der Staat soll sich aus dem Leben der Bürger heraushalten.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP begrüsst es, wenn der Stadtrat selbst erkennt, dass ein Angebot wie die Drehscheibe nicht nötig ist. Selbstverständlich anerkennen wir, dass diese mit grossem Engagement aufgebaut wurde. Und wir erkennen auch, was sie geleistet hat. Wir hätten auch noch etwas länger zusehen können, wie STR Raphael Golta sagte. Aber ich glaube, das Resultat wäre das gleiche gewesen. Die Drehscheibe hätte nicht das leisten können, was sich von ihr erhofft wurde. Es zeigt vor allem eines: Partizipation und Mitwirkung kann nicht von oben herab diktiert werden. Sie muss von unten kommen. Wir haben schon sehr viele Angebote in den Quartieren: Mit den Quartiervereinen, in denen die Leute mitwirken können und die sehr bekannt sind. Es gibt Angebote im GZ zur Vernetzung. Es braucht keine Drehscheiben dazu.

Flurin Capaul (FDP): Die wichtigsten Argumente wurden bereits aufgeführt. Die Drehscheiben drehen sich vor allem um sich selbst, aber nicht um die Bedürfnisse der Bevölkerung. Wenn der Stadtrat zum Schluss kommt, es liege eine Doppelspurigkeit vor und

habe wenig Wirkung im Ziel, dürfen wir ihm Glauben schenken. Die privaten, selbstorganisierten, gut funktionierenden Quartiervereine, zum Teil auch die GZ, decken bereits alles ab. Weshalb wird die Motion so eingereicht, dass sie auf die ganze Stadt wirken soll? Das riecht nach einem teuren Wahlkampfgeschenk. Wir lehnen die Motion ab.

Selina Walgis (Grüne): Die Drehscheiben können einen echten Mehrwert für unsere Stadt schaffen. Ich bin frischgebackene Grünauerin und habe diesen Vorstoss mit eingereicht, weil mir die Drehscheibe Grünau/Altstetten am Herzen liegt. Sie leistet wichtige Arbeit für die Menschen im Quartier. Vor kurzem war ich an einem Quartiermitwirkungsanlass, den die Drehscheibe Grünau/Altstetten mitorganisierte: Ein sehr gelungener Event, der eindrücklich gezeigt hat, wie wichtig solche niederschwelligen Anlaufstellen für die Bevölkerung sind. Auch der Mitwirkungsprozess «Big Picture Grünau», initiiert von der Drehscheibe, ist ein gutes Beispiel einer Best Practice, wie Zivilgesellschaft und Verwaltung gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln können. Solche guten Beispiele sollten uns als Vorbild dienen, wenn es um die Weiterentwicklung anderer Drehscheiben geht. Die Evaluation des Pilotprojekts hat deutlich gemacht, dass Drehscheiben durchaus ein Bedürfnis abdecken und einen Mehrwert für das Quartier bieten – gerade in Zeiten grosser Transformation. Es ist deshalb nicht nachzuvollziehen, warum der Stadtrat das Projekt beenden will, statt die positiven Ergebnisse weiterzuentwickeln. Die Empfehlungen liegen auf dem Tisch: Klare Schnittstellen, gute Standortwahl und eine stärkere Verankerung in der Verwaltung. Wenn wir diese Punkte ernst nehmen, können Drehscheiben nachhaltig zur sozialen Teilhabe und Vernetzung beitragen.

Michele Romagnolo (SVP): Ich komme mir vor wie in einem Spendierverein, der mit Steuergeldern leichtsinnig umgeht. Dann senkt doch den Steuerfuss, wie es von uns verlangt wird. Bringt Fakten und Zahlen, bevor wieder Neues aufgebaut wird. Niederschwellige Drehscheiben gibt es heute schon viel zu viele: dezentrale Anlaufstellen, die genau den Zweck erfüllen, den die Motion anstrebt. Diese Stellen ermöglichen den einfachen, unbürokratischen Zugang zu den Verwaltungen und fördern soziale Teilhabe und lokale Vernetzung. Beispiele für bestehende Strukturen sind die GZ, die Begegnung, Beratung und Vermittlung im Quartier fördern oder die Sozialdienste und Sozialzentren der Stadt, die an verschiedenen Orten niederschwellig Unterstützung bieten. Ebenso gibt es Integrationsprogramme der Stadt Zürich mit dem Quartierverein, die die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Zivilbevölkerung verbindet. Wegen der diversen Angebote mit gut funktionierenden Strukturen lehnen wir die Motion ab.

Tanja Maag (AL): Wir sprechen nicht von hohen Millionenbeträgen. Es gibt teurere und weniger nachhaltige Wahlgeschenke. Tragen, finanzieren, beleben, vermitteln: Dafür war viel zu wenig Zeit. Diese Ziele können nicht innert 1,5 Jahren mit einem noch zu schärfenden Auftrag erreicht werden. Im Motionstext schreiben wir, die Drehscheiben sollten «an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren» verankert werden. Das bedeutet kein flächendeckendes, sondern ein gezieltes Angebot. Auch eine zivilgesellschaftliche Organisation anstelle einer städtischen wäre möglich. Die Trägerschaft kann übertragen werden. Die Quartiervereine leisten viel. Sie hätten die Anliegen, die die Drehscheiben entgegennahmen, nicht allein bewältigen können. Die niederschwellige Vernetzungsarbeit der Drehscheiben braucht es an sichtbaren Orten in der Stadt.

Pascal Lamprecht (SP): Danke für die Klarstellung, Tanja Maag (AL), dass wir Anforderungen an die Standorte haben. Das «Stecken ziehen» ist für uns von der SP nicht nachvollziehbar. Wir sind uns einig über das Ziel, ein soziales Miteinander in den Quartieren fördern zu wollen. Wir wollen eine Vernetzung lokaler Angebote und institutioneller Akteure. Die Evaluation wurde zu früh durchgeführt: Für ein abschliessendes Urteil braucht es mehr Zeit, damit sich die Drehscheibe etablieren kann. Nichtsdestotrotz nehmen wir sie als Zwischenbericht ernst und gehen auf die Empfehlungen ein. Themen

wie Niederschwelligkeit und Sichtbarkeit haben wir in der Motion aufgegriffen. Wir sehen deutliche Vorteile einer zivilgesellschaftlichen gegenüber einer städtischen Organisation. Es gibt Mitbürgerinnen und Mitbürger, die gegenüber einem städtischen Amt oder einer Institution Berührungsängste haben. Dies ist der grosse Vorteil der Drehscheibe. Zumindest in meinem Quartier und Umfeld rennt niemand mit einem Anliegen zum Quartierverein. Der Quartierverein Altstetten verfügt über eher altbackene Strukturen, wo ein Grossteil der Bevölkerung eben nicht hinrennt. Der grosse Vorteil einer zivilgesellschaftlich organisierten Drehscheibe ist der Quartierbezug. Der Stadtrat hat geschrieben, dass heterogene Bedarfsstrukturen vorliegen. Gerade in Quartieren mit starkem Wandel können die Drehscheiben schnell und gut agieren. Wir reden nicht von einer grundsätzlich flächendeckenden Einführung, sondern von einer quartierspezifischen Drehscheibe. Anders als Karin Weyermann (Die Mitte) sehen wir die Drehscheiben als Bottom-Up- und nicht als Top-down-Organisation. Dies ist ein weiterer Vorteil ebendieser. Der Zwischenbericht zeigt, dass justiert werden kann. Wichtig ist die Sichtbarkeit. Eine Stärkung der mobilen Arbeit, aber auch gute Standorte – vor allem in den Quartierzentren, wie wir sie im kommunalen Richtplan definiert haben – sind zentral. Die Drehscheibe soll mit sozialer und verbindender Funktion weiterdrehen.

Die Dringliche Motion wird mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5409. 2025/481

**Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus
dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären
Rettungsaktion**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5278/2025): Gestern konnte man im Blick das erschütternde Tagebuch von Layla lesen. Sie ist eines der Kinder aus Gaza, die im Moment in der Schweiz medizinisch behandelt werden. Layla ist zwei Jahre alt. Sie hat im Gazastreifen an Hunger und Kälte gelitten und sich die Leberkrankheit Hepatitis A zugezogen. Bei einem Raketenangriff am 23. Juni 2025 kamen ihr Vater und alle vier Schwestern um. Sie selbst ist schwer verletzt: Ihr Oberschenkelknochen ist zertrümmert, ihr Bein in einem schlimmen Zustand. Sie benötigte dringend eine Operation, die im Gazastreifen nicht möglich war, weil das gesamte Gesundheitssystem zusammenbrach. Am 24. Oktober 2025 kam Layla zusammen mit ihrer Mutter in die Schweiz und wird seither medizinisch behandelt. Heute Abend sprechen wir über Kinder wie Layla. Ich erzähle ihre Geschichte, weil ich nicht möchte, dass Kinder als Zahlen behandelt werden, sondern als Menschen, die unseren Schutz brauchen. Zudem handelt es sich heute um eine ausserordentliche Debatte, da zwei Fraktionen Stimmfreigabe beschlossen haben. Es gibt also Leute im Rat, die noch überzeugt werden können. Ich hoffe, dass ich mit meinem Votum dazu beitragen kann, dass möglichst viele dem Postulat zustimmen. Dass die Schweiz 20 Kinder aus Gaza aufnimmt, ist richtig und wichtig. Wir sind aber überzeugt, dass die Schweiz mehr als 20 Kinder aufnehmen kann. Zürich soll einen Beitrag dazu leisten, über diese Zahl hinauszugehen. Warum sprach das Staatssekretariat für Migration (SEM) nur von 20 Kindern? Weil sich der Flaschenhals bei den zur Verfügung stehenden Betten in Schweizer Spitälern befindet. Zürich verfügt über ein Stadtspital und kann einen Beitrag leisten. Wir fordern

den Stadtrat auf zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich dafür einsetzen kann, dass im Stadtspital verletzte oder kranke Kinder aus Gaza behandelt werden. Wir haben das Postulat bewusst sehr breit formuliert, damit jegliche Unterstützung des sinnvollen Programms des Bundesrats geprüft werden kann. Wir denken hierbei an die finanzielle Unterstützung von Kantonen, die freie Spitalbetten haben und willens sind mitzuhelfen, aber auch an personelle und administrative Unterstützung. Liebe Ratskolleg*innen, es zeichnet sich eine längere Diskussion ab. Ich habe zwei Bitten: Erstens führen wir diese Debatte mit Respekt gegenüber den Kindern und ihrer Familien, die hier in der Schweiz sind. Ich hoffe, dass niemand heute Abend argumentiert, diese Familien würden ein Sicherheitsrisiko darstellen. Abgesehen davon, dass sie einer internationalen wie auch schweizerischen Sicherheitsprüfungen unterzogen wurden, braucht es nicht mehr als gesunden Menschenverstand, um zu verstehen, dass Layla und ihre Mutter kein Sicherheitsrisiko darstellen. Zweitens bitte ich euch um Ehrlichkeit. Die Ablehnung des Postulats ist selbstverständlich euer Recht. Wir haben verschiedene Ansichten zur Ressourcenallokation und ihr könnt argumentieren, es sei zu teuer oder nicht sinnvoll. Aber sagt nicht, wir sollten Hilfe vor Ort leisten, wenn ihr in der Vergangenheit gegen diese gestimmt habt. Es freut mich, dass der Stadtrat das Postulat zur Prüfung entgegennimmt. Noch mehr freut es mich, dass das Jüdische Forum Schweiz sich vorgestern an uns Gemeinderät*innen gewandt und das Postulat explizit zur Zustimmung empfohlen hat. Liebe Ratskolleg*innen, wir können über vieles streiten, aber hier geht es nicht um parteipolitische Ansichten, sondern um Menschlichkeit. Es geht um das Leben von Kindern wie Layla.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist absurd und völlig ineffizient, Menschen für medizinische Behandlungen von so weit her nach Zürich zu fliegen. Sie wollen, dass die Leute hierherkommen und nie mehr zurückgebracht werden. Es gibt israelische Rechtsaussen-Politiker, beispielsweise Itamar Ben-Gvir, die sich sehr über das Postulat freuen. Diese Politiker haben schon mehrmals gefordert, dass die palästinensische Bevölkerung aus Gaza abgeschoben wird. Nun fordern Sie ebenfalls eine Umsiedlung palästinensischer Menschen aus dem Gazastreifen. Hier sehen wir wohl ein Beispiel der Hufeisentheorie, dass sich ganz links aussen mit ganz rechts aussen trifft. Es geht kein Monat vorbei, in dem wir von der SVP uns nicht als Nazis und Faschisten beschimpfen lassen müssen. Jetzt, wo es um den Import von Menschen geht, die in einem faschistischen System aufgewachsen sind und geschult wurden, drücken Sie beide Augen zu. Jeden, der Kritik daran übt, bezeichnen Sie als geschmacklos. Auch muslimische Nachbarstaaten wie Ägypten haben Sicherheitsbedenken angebracht. Wir finden es geschmacklos, wenn das Leid von Kriegsoptionen für den persönlichen Gemeinderatswahlkampf missbraucht wird. Es ist sehr komisch, dass Sie genau dieses Volk auserkoren haben. Ich habe noch nie etwas über somalische, nigerianische, christliche Kinder gehört, die verfolgt werden. Wieso? Weil Sie Ihrer Wählerbasis gefallen wollen. Nicht die Bevölkerung der Stadt Zürich muss dafür aufkommen. Die Hamas Chefs sind Millionäre. Katar, das den Ursprung des Kriegs finanzierte, ist voller Millionäre. Die Erben von Jassir Arafat sind Millionäre. Diese sollen für Ihren politischen Stunt zahlen – nicht die Steuerzahler.

Weitere Wortmeldungen:

Michele Romagnolo (SVP): Ich schliesse mich Stefan Urech (SVP) an. Im Postulat verlangt ihr, der Stadtrat solle prüfen, wie verletzte Kinder aus dem Gaserstreifen im Rahmen einer Rettungsaktion in Zürich medizinisch behandelt werden können. Die Pflege verletzter Kinder ist ein sehr menschliches und verständliches Anliegen. Niemand stellt infrage, dass kriegsversehrte Kinder medizinische Hilfe brauchen. Doch gemäss Vorschlag soll nicht nur die Behandlung der Kinder geprüft werden, sondern auch die Mitnahme mehrerer Angehöriger. Hier müssen wir genau hinsehen. Es ist nicht üblich, dass mehrere Familienmitglieder mitkommen, um das Kind zu betreuen. Wir verfügen in der

Schweiz über sehr gut ausgebildetes Spitalpersonal, Pflege und psychologische Betreuung. Wenn mehrere Angehörige mitkommen, geht dies über den humanitären Zweck hinaus. Es besteht das Risiko, dass die Leute bleiben und wir wissen, wie schwierig Rückführungen dann sind. Am Ende müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht nur für den medizinischen Aufenthalt dieser Personen aufkommen. Wir haben nichts dagegen, verletzten Kindern zu helfen. Wenn die Stadt Zürich in einzelnen Fällen medizinisch unterstützen kann, soll sie das machen. Aber wir sind klar dagegen, dass mit jedem Kind mehrere Begleitpersonen mitkommen. Humanitäre Hilfe muss zielgerichtet, verantwortungsvoll und ohne Hintertürchen zur dauerhaften Einwanderung erfolgen.

Dominik Waser (Grüne): Es wurden bisher über 64 000 Kinder getötet oder schwer verletzt, darunter ungefähr 1000 Babys. Viele Tausende haben ihre Eltern und Angehörigen, haben alles verloren. Die humanitäre Lage ist weiterhin katastrophal. Überall herrscht Mangelernährung, die Infrastruktur ist zerstört, die Versorgung ist ungenügend und die Bombardierung geht weiter. Unschuldige Menschen müssen leiden, weil wir als Teil der internationalen Gemeinschaft versagen, weil wir unsere Verantwortung nicht wahrnehmen. Die Schweiz hat bis jetzt sieben verletzte Kinder und Jugendliche aufgenommen. Dass wir über diese Zahlen von sieben oder zwanzig diskutieren, ist ein Armutszeugnis. Würden wir 125 Menschen aufnehmen, also die Anzahl der Mitglieder des Gemeinderats, wären dies schon mal 17-mal so viele wie im Moment Aufgenommene. In Gaza leben ungefähr eine Million Kinder, das heisst 8000 Mal so viele wie unser Gemeinderat Menschen zählt. Würden wir uns in einer solch katastrophalen Situation befinden und Hilfe benötigen: Was würdet ihr darüber denken? Dass wir diese Debatte führen müssen, ist nicht nur traurig und unmenschlich, sondern auch unschweizerisch. Wenn ihr euch dagegen aussprecht, könnt ihr nie mehr argumentieren, die Schweiz habe eine humanitäre Tradition. Das Postulat verlangt das Mindeste. Die Stadt Zürich könnte hunderte verletzte Kinder aufnehmen. Wir könnten Millionen ausgeben, auch für den Aufbau medizinischer Infrastruktur im Gazastreifen, für Hilfslieferungen. Wir könnten uns ernsthaft engagieren.

Samuel Balsiger (SVP): Euch geht es nicht um die Sache, sondern um eine Profilierungsplattform. Die Kameras sind auf euch gerichtet. Dominik Waser (Grüne) hat mein Votum perfekt unterstrichen: Er hat aufgezählt, was getan werden könnte, wenn wir wollten. Wir könnten hunderte Kinder aufnehmen, wir könnten Millionen ausgeben. Warum fordern Sie dann nicht hunderte Kinder oder dass die Stadt Millionen ausgibt? Weil es sich um Substanzsummen handeln würde, die selbst Ihre Leute hinterfragen. Sie fordern bloss 20 Kinder, weil Sie so keinen Widerstand auf der linken Seite erwarten müssen und weil Sie wissen, dass auch bei einem Kind Widerstand von unserer Seite kommt. Dann können Sie mit dem Finger auf die Gegenseite zeigen und uns vorwerfen, nicht einmal 20 Kinder aufnehmen zu wollen. Sie missbrauchen den «Jö-Effekt». Wir müssen über Zahlen und nicht über Kinder sprechen, weil alle Sympathie für Kinder haben. Ein schreiendes Kind löst physischen Schmerz in den Menschen aus, das ist evolutionär verankert. Erwachsene sind dann Hamas-Unterstützer, Faschisten, Terroristen. Dass Sie einer von der Hamas dominierten Hilfsorganisation Millionen geben wollten, löste in der Öffentlichkeit viel Kritik aus. Nun versuchen Sie es mit Kindern. Sie erzählen minutenlang, was das Kind erlebt hat, wecken Emotionen und stellen sich als Retter dar. Sagen Sie die Wahrheit, dass die Hamas die Auslöserin war, und hören Sie mit Ihrem Wahlkampf auf.

Tanja Maag (AL): Es gibt für die AL drei entscheidende Punkte, weshalb wir diesen Vorstoss gerne mit eingereicht haben: humanitäre Verpflichtung, medizinische Notwendigkeit und die Entscheidung des Zürcher Regierungsrats, für die wir uns fremdschämen. In Gaza steht kein Stein auf dem anderen, Millionen Menschen wurden vertrieben, über 100 000 Verletzte haben kaum Zugang zu medizinischer Hilfe. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigte die dramatische Situation schon im Frühling mehrfach auf. Ein

weiteres Spital in Gaza Stadt stellte kürzlich den Betrieb ein, weil die medizinische Versorgung nicht mehr möglich ist. Es gibt keinen Strom, kein Wasser, keine Medikamente. Aktuell existiert noch ein halbwegs funktionierendes Spital in Gaza Stadt, aber keine Anästhesiemittel, keine Blutkonserven, nichts. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, Hilfe zu leisten. Vor Ort ist dies im Moment kaum möglich. Der Bund hat dem Kanton angeboten, 20 Kinder zur Behandlung in die Schweiz zu bringen. Das ist eine punktuelle Leidensminderung, aber immerhin eine Leidensminderung. Die Kinder haben mit diesem ganzen Konflikt nichts zu tun. Sie haben nicht danach gefragt, mit wenigen Lebensjahren allein vor dem Nichts zu stehen. Sie brauchen Hilfe und die reiche Schweiz hat angeboten, 20 Kinder zu behandeln. Die Regierung des Kantons Zürich hat entschieden, nichts dazu beizutragen: kein einziger Platz in der kantonalen Kinderuniversitätsklinik oder an anderen Standorten im Kanton. Das unmenschliche Gremium hält daran fest, trotz massivem Widerstand aus der Bevölkerung und dem Kantonsrat. Diese Haltung ist schockierend. Deshalb springen wir heute Abend ein. Ihr habt die Geschichte des zweijährigen Mädchens gehört. Wenn Kinder hospitalisiert werden, ist es üblich, dass Bezugspersonen mitgehen. Es kann sich um eine, manchmal aber auch zwei oder drei Begleitpersonen handeln. Das ist eine Selbstverständlichkeit in der Schweiz und es gibt nichts, was dafürspricht, es in diesem Fall anders zu handhaben. Die Solidaritätsbekundungen der letzten Tage berührten mich, beispielsweise die aktive Unterstützung durch jüdische Personen. Trotz des eigenen Leids nach der Katastrophe am 7. Oktober 2023 sehen sie, dass die humanitäre Lage in Gaza katastrophal ist und bleibt. Sie begrüßen den dringend notwendigen humanitären Schritt. Und sie wissen aus der eigenen Familiengeschichte, dass die Aufnahme von Menschen durch die Schweiz einen lebenswichtigen Unterschied machen kann. Lassen Sie diese Worte auf sich wirken. Es ist unglaublich, wie die SVP es schafft, Menschlichkeit mit dem Ansinnen gleichzusetzen, Menschen aus Gaza wegzuschaffen und dabei von «Import von Menschen» zu sprechen. Das zeigt, dass es überhaupt nicht zielführend ist, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob dieser Vorstoss nötig ist. Die verschiedenen Postulate zur humanitären Hilfe in Gaza haben gezeigt, dass es eine Objektivierung braucht, eine Veranschaulichung der Beurteilung von Unterstützung und Hilfseinsätzen. Anders geht es mit Ihnen nicht. Die AL reicht deshalb heute Abend einen Vorstoss ein, der die Voraussetzungen schaffen soll, dass Netzwerke und private Personen Unterstützungsanträge stellen können. Diese sollen anhand von Fachkriterien beurteilt werden, die mit einem humanitären Fonds finanziert werden. Dies würde der SVP die Bühne für ihre rassistischen Voten nehmen.

Sven Sobernheim (GLP): Leid in einem Kriegsfall, Leid von Kindern ist etwas Emotionales. Damit schliesse ich mich nicht meinem Vorredner an, der sagt, dieses werde missbraucht. Egal, wie wir zu diesem Vorstoss stehen, bewegt dieses Thema uns alle. Die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen, weil verschiedene Überlegungen dazu vorliegen. Auf der einen Seite steht das politische Zeichen gegen aussen und dem Kanton gegenüber, dass wir nicht tatenlos zusehen wollen. In Zürich waren wir schon immer der Meinung, dass es uns auch braucht – sei es bei der humanitären Hilfe, die wir vor sieben Jahren deutlich aufgestockt haben, oder bei der Entwicklungshilfe. Es geht auch um das Zeichen, dass es andere Wege gibt. So könnten wir unsere Angestellten des Kindernotfalls vom Stadtspital nach Basel schicken, weil sie bereit sind, Leute aufzunehmen. Ein anderer Teil der Fraktion argumentiert, die Entscheidung liege beim Kanton. Wir als Stadt können frustriert sein, dies aber nicht ändern. Uns alle beschäftigt das Kinderleid. Wir stellen nicht infrage, dass unter dem Krieg viele Zivilist*innen und Kinder leiden.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich Sven Sobernheim (GLP) anschliessen: Auch wir haben die Stimmfreigabe beschlossen. Auch bei uns spielen ganz verschiedene Faktoren rein, die zu unterschiedlichen Abwägungen geführt haben. In Gaza spielt sich eine Tragödie ab. Die Kinder leider am meisten darunter und sind auf unsere Hilfe angewiesen. Die vom Regierungsrat vorgebrachten Sicherheitsbedenken sollten wir jedoch

ernst nehmen. Die linken Parteien müssen sich nicht wundern, dass die SVP schweizweit immer stärker wird, wenn sie diese komplett negieren und die Ängste der Bevölkerung nicht ernst nehmen. Damit sage ich nicht, dass ich diese Angst teile. Ich sage nur, dass wir sie ernst nehmen müssen. Die Frage ist, wie die Stadt sich einsetzen will und kann. Das Postulat ist offen formuliert. Die Stadtspitäler haben keine spezialisierten Kinderkliniken, sind also mit der Behandlung von derartigen Verletzungen möglicherweise überfordert. Wie sich die Stadt einsetzen kann, will deshalb gut überlegt sein. Es ist jedoch notwendig, humanitäre Hilfe zu gewährleisten und diese Tradition der Schweiz hochzuhalten. Bei uns hat jede Person für sich selbst die Abwägungen dazu gemacht.

Selina Walgis (Grüne): Karin Weyermann (Die Mitte) sprach über die Ängste der Bevölkerung. Dieses Argument finde ich unverhältnismässig, wenn man an die Ängste der Kinder im Gazastreifen denkt. Die Aufnahme zur Behandlung von schwer verletzten Kindern aus dem Gazastreifen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir müssen Menschlichkeit zeigen. Zum Sudan: Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Wir werden bei der Budgetdebatte sehen, wer für die Erhöhung der humanitären Hilfe stimmt.

Michael Schmid (FDP): Von drei staatlichen Ebenen sind zwei für dieses Thema zuständig: Bund und Kanton. Eine ist es nicht: die Stadt Zürich. Severin Meiers (SP) Geschichte geht nicht auf, wenn er von einem zweijährigen Mädchen und seiner Mutter spricht und die zwei weiteren Begleitpersonen nicht erwähnt. Hier gelangen wir zur Zuständigkeit des Regierungsrats des Kantons Zürich: Dieser übernahm die Sicherheitsbeurteilung und teilte das Ergebnis dieser Prüfung mit. Deshalb hat das Postulat keine Wirkung, ausser dass es den linkspopulistischen Zeitgeist befriedigt. Der Regierungsrat hat die Kompetenz, die Mittel und den Willen, eine Umsetzung zu verhindern.

Ronny Siev (GLP): Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Ich lehne das Postulat ab. Der Grund ist die Sicherheit. Der Kanton sprach von erheblichen Sicherheitsbedenken. Eine mögliche Verbindung von einzelnen Personen zu bundesweit verbotenen Organisationen kann nicht ausgeschlossen werden. Die Hamas selbst gab den Personen die Bewilligung zur Ausreise. Andere Kantone und Deutschland sehen dies ebenfalls so. Verschiedene Studien zeigen auf, dass in den Schulen in Gaza mörderischer Judenhass gelehrt, Verschwörungsmythen erzählt, Gewalttaten verherrlicht werden. Generationen von Kindern lernen in Gaza, dass es ihr Lebensziel ist, Juden zu töten. Wir haben gesehen, was am 7. Oktober 2023 passiert ist. Immer noch befürwortet ungefähr die Hälfte der Menschen diese Geschehnisse. In der Gründungscharta der Hamas steht explizit, dass alle Juden getötet werden müssen. Die Linke und auch der Bundesrat sehen kein Problem für die Juden in Zürich. In Frankreich erhielt eine Studentin aus Gaza Stipendien, ebenfalls im Sinn der humanitären Tradition Frankreichs. Die französischen Behörden kontrollierten sie und fanden nichts Auffälliges. Eine Zeitung fand heraus, dass sie auf Social Media die Ermordung aller Juden forderte. Sie lobte Hitler und seine Endlösung. Ein riesiger Skandal folgte. Das Programm wurde sofort gestoppt. Ich bezweifle, dass die Schweiz eine bessere Kontrolle als Frankreich durchführen kann. Der Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) schreibt in einer E-Mail, man dürfe die Sicherheitsbedenken, die zahlreiche jüdische Zürcherinnen und Zürcher haben, nicht unterschätzen. Letztes Jahr kam es in Zürich zu einem Mordanschlag auf einen Juden. Der Täter teilt die Ideologie, die in Gaza vorherrscht. Die jüdische Community ist enorm verunsichert. Es gibt auch solche, die eine andere Meinung haben, aber grundsätzlich sind sie sehr verunsichert. Eine vulnerable Minderheit, die seit zwei Jahren mit enormem Hass und Gewalt konfrontiert ist und in der Geschichte immer wieder Gewalt ausgesetzt war, äussert absolut berechnete Bedenken zu ihrer Sicherheit. Die weisse privilegierte Mehrheit nimmt sie nicht ernst. Es ist zynisch, nicht darüber sprechen zu wollen. Die Kinder in Gaza leiden wie in allen Konfliktgebieten und das geht mir sehr nahe. Natürlich

müssen wir den verletzten Kindern helfen. Die GLP unterstützte deshalb vor ein paar Monaten ein Postulat zur Hilfe in Gaza. Die Hilfeleistung soll effizient und bedarfsgerecht vor Ort oder in der näheren Umgebung durchgeführt werden. Die einzig richtige Antwort ist, was die GLP-Fraktion zusammen mit der Fraktion Die Mitte/EVP im Kantonsrat forderte: 5 Millionen Franken an humanitärer Hilfe für Kinder in Konfliktgebieten.

Serap Kahrman (GLP): Die Angst wird wahrgenommen und ernst genommen. Bedacht werden muss jedoch, dass der Aufschrei riesig wäre, wenn es sich um jüdische Kinder handeln würde. Vorwürfe des Antisemitismus würden laut. Die Systematik des antimuslimischen Rassismus ist, dass Musliminnen und Muslime nur Täter und nie Opfer sein können. Genau das führt uns zur heutigen Position. Die rechte Seite spricht von «Import von Menschen», was ich nicht verstehen kann. Ich appelliere an Ihre Menschlichkeit und Empathie. Überlegen Sie sich, wie Sie bei jüdischen Kindern abstimmen würden.

Sanija Ameti (Parteilos): «Helfen, ohne zu fragen, wem», lautet das bekannteste Zitat von Henry Dunant und damit das Fundament der humanitären Schweiz. Dem Entscheid des Zürcher Regierungsrats liegt ein Kernaspekt zugrunde: Empathie. Wenn Empathie an Gruppenzugehörigkeit anstatt an Menschlichkeit geknüpft wird, fragt man, wem geholfen werden soll. Dann müssen Gründe gefunden werden, warum die Menschen, denen man nicht helfen will, nicht würdige Menschen sind. Sie seien ein Sicherheitsrisiko, zukünftige Terroristen, wird gesagt. So wird Menschenwürde verhandelbar. Ich bin aus einem Land geflüchtet, in dem Menschenwürde verhandelbar war. Und eines habe ich mir geschworen: Ich möchte nie mehr in einem Land leben, in dem jemand bestimmt, wer Mensch ist und wer nicht. Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid gezeigt, dass das in diesem Land niemand bestimmt. Dafür bin ich ihm mit meinem Leben dankbar.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Es handelt sich wirklich um eine sehr schwierige Debatte, wenn man die Problematik ernst nimmt. Die Tragik eignet sich nicht für Polemik oder Wahlpropaganda. Ich habe den Eindruck, dass das Anliegen hier echt ist, dass sich viele betroffen fühlen und dass man das nicht einfach auf Wahlmanöver reduzieren kann. Man kann fragen, weshalb andere Tragödien wie im Sudan nicht mit einbezogen wurden. Auch das ist grauenhaft. Die Ängste muss man ernst nehmen, aber man darf sie nicht befeuern, schüren oder mit Falschinformationen provozieren. Dass die Menschen, die kommen, ein Sicherheitsrisiko darstellen sollen, ist zunächst nicht mehr als eine Behauptung. Wird von Sicherheitsrisiken gesprochen, gibt es ganz andere auf dieser Welt. Es gibt Präsidenten, Diplomaten, Armeeangehörige, die demokratische Spielregeln aushebeln wollen und sich nie einem Sicherheitscheck unterziehen mussten. Solche Leute stellen ein viel grösseres Sicherheitsrisiko dar als diejenigen, über die wir heute sprechen. Die Befürchtung, dass sie nicht mehr in ihr Land zurückkehren werden, ist begründet. Wohin sollen sie denn zurück? Gaza gibt es eigentlich gar nicht mehr. Die 20 Kinder sind bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Diese Unterstützung löst die Problematik nicht. Das macht das Ganze noch viel tragischer. Aber es ist immerhin ein Symbol, dass wir helfen wollen. John Locke sagte «Homo homini lupus», «Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf». Dies war der Begriff der Anarchie, die zwischen den Menschen und den Staaten herrschen kann. Dort müsste man ansetzen. Das ist sehr schwierig. Natürlich gibt es Flüchtlinge, die uns belasten. Aber es ist unsere humanitäre Tradition, etwas zu unternehmen. Es kommen noch mehr Flüchtlinge hierher, wenn wir in diesem Land Leute haben, die Versteher von Kriegsverbrechern sind. In der Schweiz wurde das Rote Kreuz gegründet, das sollten wir nicht vergessen. Verletzte Kinder aufzunehmen, auch wenn sie mit Familienangehörigen kommen müssen, ist ein Symbol und hat eine Ausstrahlung der Schweiz, die über die 20 Kinder hinausgeht. Dies sollten wir bedenken.

Attila Kipfer (SVP): Die SP, die Grünen und die AL wollen mit dem Postulat verletzte oder kranke Kinder plus Begleitpersonen aus dem Gazastreifen nach Zürich holen. Es ist

schrecklich, wenn Kinder kein Dach über dem Kopf haben. Es ist schrecklich, wenn sie hungern und leiden. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir helfen müssen – aber sicher nicht so. Wir sollten vor Ort helfen, Geld spenden oder Hilfsgüter liefern, wie man das auch sonst jeweils tat. Die Verantwortung sehe ich nicht bei der Stadt Zürich, sondern beim Bund. Nun kommen die Kinder mit Begleitpersonen, die den Juden in der Schweiz gar nicht gut gesinnt sind. Wenn man den Koran öffnet und die erste Sure liest, geht es darum, wer ungläubig ist und was mit ihnen passiert - ich zitiere: «Die Juden sind die Schlimmsten, denn sie kennen die Wahrheit und verleugnen sie.» Die darin erwähnten Ungläubigen sind wir, also Christen und unsere jüdischen Freunde. Wir sollen gemäss Koran zusammen in der Hölle schmoren. Problematisch wird es, wenn Leute zu uns kommen, die den Koran über unser Gesetz, die Verfassung und unsere Kultur stellen. Dann besteht ein Sicherheitsproblem. Kinder mit Begleitpersonen und Familiennachzug sind aus kulturellen Gründen in einem Land mit christlich-demokratischen Wertvorstellungen nicht integrierbar. Wir leben Meinungsfreiheit, Toleranz, Freiheit und möchten dies weiterhin tun. Warum kümmert man sich in diesem Postulat nur um Kinder aus Gaza? Es laufen aktuell Kriege in der Ukraine, Äthiopien, Sudan und in weiteren Ländern. Was ist mit den Kindern dort, sind diese weniger wert? Wir wurden wieder als Rassisten bezeichnet. Wenn ich ein Rassist bin, weil ich unser Land schützen möchte, bin ich das gern.

Anjushka Früh (SP): Es ist schwierig, nach diesem Votum zu sprechen. Geht es euch eigentlich noch? Wir sprechen über schwersttraumatisierte und verletzte Kinder aus einem Genozid, der sich über zwei Jahre lang hinzog. Wir alle konnten uns hunderte Videos davon ansehen, wie schlimm dieser war. Ukrainische Kinder waren wichtig, sie wurden mit Bussen aus ganz Europa abgeholt, das war auch richtig. Bei den Kindern aus Gaza wird dies nicht gemacht, vielleicht weil sie die falsche Hautfarbe oder Religion haben. Wir haben es wortwörtlich von euch gehört. Gaza ist kein Land mit Grenzen, die man einfach überschreiten kann. Gaza gilt als Hochsicherheitsgefängnis. Israel würde niemandem die Durchreise erlauben, wenn auch nur die kleinsten Sicherheitsbedenken vorhanden wären. Im Kanton Zürich ist mit dem Entscheid des Regierungsrats das letzte Tröpfchen an Menschlichkeit gestorben, nachdem in den letzten zwei Jahren ein komplettes Versagen der ganzen Welt festgestellt werden musste. Michael Schmid (FDP) behauptete, mit Layla seien weitere Begleitpersonen mitgekommen. Die vier Geschwister und der Vater von Layla sind im Krieg gestorben. Layla ist einzig mit ihrer Mutter in die Schweiz eingereist.

Tom Cassee (SP): Viele von uns Menschen mit jüdischen Wurzeln wissen aus der Geschichte unserer Familien, dass es entscheidend sein kann, ob die Schweiz Menschen Schutz gewährt oder sie an den Grenzen abweist. Natürlich gibt es unter jüdischen Menschen unterschiedliche Meinungen zu dieser Frage. In meinem Umfeld erlebe ich, dass alle grosses Mitgefühl haben – ganz egal, ob jüdisch oder nicht. Aus meiner Sicht ist es hochproblematisch, alle Menschen aus Gaza als Sicherheitsrisiko zu verunglimpfen. Das lässt uns vergessen, dass hinter jeder Geschichte ein individuelles Schicksal steht. Solche pauschalen Verdächtigungen führen zu Ressentiments und antimuslimischem Rassismus. Dass Ronny Siev (GLP) eine ganze Gruppe von Menschen generalisierend als Sicherheitsrisiko darstellt, macht mir Sorgen – gerade auch, weil wir als jüdische Personen sehr viel Erfahrung darin haben, wie es ist, als ganze Bevölkerungsgruppe verunglimpft zu werden und mit Antisemitismus zu kämpfen. Die Sicherheitsprüfungen der Schweiz werden durch das SEM und den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) durchgeführt. Vor Ort prüfen zusätzlich israelische und palästinensische Behörden die Ein- und Ausreise. Israel lässt ganz bestimmt keine Hamas-Mitglieder bei sich einreisen, damit Menschen zu uns kommen können. Unser gemeinsames Anliegen ist es, schwer verletzte Kinder aus Gaza in der Schweiz medizinisch zu behandeln.

Severin Meier (SP): Weshalb stimmt man diesem Vorstoss nicht zu? Dies hängt mit unserer Gesellschaft zusammen, in der ein grosser Teil der Menschen das Gefühl hat, der Status quo sei da, um zu bleiben. Die SP wird immer sagen, was sie sagt. Die SVP wird immer sagen, was sie sagt. Man kann nichts ändern. So eine Weltansicht ist traurig, weil aus ihr nicht bloss folgt, dass nichts geändert werden kann, sondern auch, dass ein einziges Kinderleben wie das von Layla nicht so wichtig ist. Ihr tut mir wirklich leid mit dieser Weltansicht – und das meine ich nicht polemisch. Damit kommt ihr zum Schluss, dass ein Kinderleben nicht so wichtig sei. Es muss schwierig sein, so zu leben. Wir haben eine andere Weltsicht. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass alles so bleibt und dass das Töten von Kindern normalisiert wird. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass das grösste und auf Kinderbehandlungen spezialisierte Spital im grössten Kanton eines der reichsten Länder der Welt kein einziges Kind aus Gaza aufnimmt, wo das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass ein Stadtparlament ein solch unwürdiges Hickhack veranstaltet wie wir gerade. Wir glauben, eine andere Gesellschaft ist möglich. Wir glauben, dass jedes Kinderleben unendlich viel wert ist und dass es unendlich viel Effort unsererseits braucht, um auch nur eines zu schützen. Wir glauben, dass eine Gesellschaft möglich ist, die ihr Bestes gibt, um jedes Leben zu schützen, und die nicht fragt, woher das Kind kommt. Wir glauben, dass eine Gesellschaft möglich ist, in deren Stadtparlament ein Vorstoss wie dieser diskussionslos einstimmig überwiesen wird und in der diese Menschlichkeit ganz normal ist. Daran werden wir weiter arbeiten.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): In verschiedenen Punkten muss ich Stefan Urech (SVP) heute Abend recht geben. Selbstverständlich hat der rechtsradikale Benjamin Netanjahu gar kein Problem damit, wenn wir Kinder hierherholen. Er hatte auch kein Problem damit, seine Waffen gegen Kinder zu richten. Israelische Waffen gehören zur ersten Ursache für Kindersterblichkeit weltweit. Humanitäre Hilfe können wir nicht outsourcen – erst recht nicht in der Schweiz, in der wir stolz auf ihre Erfindung sind. Sie lässt sich auch nicht an arabische Staaten outsourcen, die nicht demokratisch sind. Früher behandelte und therapierte Israel viele dieser Kinder, was heute nicht mehr der Fall ist. Die Diskussion wurde über die Kinder aus der Ukraine nicht geführt. Damals haben Sie geschwiegen, obwohl es sich um mehr Kinder handelte und auch andere Staaten zwischen der Ukraine und der Schweiz diese Kinder hätten aufnehmen können. Samuel Balsiger (SVP) hat ein Treffen mit der ukrainischen Bevölkerung organisiert, wofür ich sehr dankbar bin. Aber das hat mit den Leuten aus Gaza nicht stattgefunden. Und selbstverständlich hätten sich unter den Leuten mit Schutzstatus S auch Agenten von Putin befinden können. Das hat Sie nicht gestört, hier aber schon. Wir wissen alle, weshalb das so ist, auch wenn ich das R-Wort nicht nenne. Karin Weyermann (Die Mitte) hat die Möglichkeit, während der Debatte etwas zu lernen. Im Triemli gibt es eine pädiatrische Abteilung. Die GLP hatte ein Ratsmitglied, das dort im Kindernotfall arbeitete. Es kann sein, dass im Triemli gewisse Operationen nicht stattfinden können, aber andere schon. Wenn nicht, sind wir beim Grundproblem, nämlich der Unmenschlichkeit der Gesundheitsdirektorin, die niemand in diesem Rat verdient hat. Natalie Rickli (Regierungsrätin (SVP)) hat politisch schon oft versagt, an dieser Stelle aber gezeigt, wie kaltherzig sie ist. Attila Kipfer (SVP), im Koran stehen viele Dinge, in der Bibel aber auch. Ich bin der Erste, der ein radikaler Atheist ist, aber wenn du so über den Koran sprichst, dann bring nächstes Mal auch ein Bibelzitat mit. Und ich gebe nochmals Stefan Urech (SVP) recht: Die AL hat diese Diskussionen satt. Menschlichkeit und humanitäre Hilfe ist keine Diskussion für Parteigeplänkel. Deshalb haben wir Ihnen unsere Motion zugestellt, die wir nächste Woche einreichen werden. Diese bietet die Möglichkeit, solche Diskussionen künftig nicht mehr in diesem Rat führen zu müssen, sondern unter Fachpersonen. Der von uns vorgeschlagene Fonds wird mit viel Geld dotiert. Ich bin gespannt, wie Sie alle – die sich wünschen, dass Kinder aus Sudan, Nordkorea oder Nicaragua hier behandelt werden – auf diesen Vorstoss reagieren werden. Es wird der Moment der Wahrheit sein, ob das heute Gesagte stimmt oder nicht.

Stefan Urech (SVP): Zur von dir erwähnten Motion kann ich nach dieser kurzen Zeit noch nicht Stellung nehmen, aber wir werden sie anschauen und regelkonform behandeln. Ich bin nicht wirklich erstaunt über die israelfeindlichen Voten der linken Seite, insbesondere von der SP. Wir haben oft die Worte Israel und Netanjahu gehört, als wären sie verantwortlich für das ganze Leid. Nicht einmal hat jemand von der linken Seite etwas über die extremen Muslime, die dort an der Macht und für das Elend verantwortlich sind – die Hamas – gesagt. Die Unterstellung, Israel habe einen zweijährigen Genozid betrieben, finde ich brutal und zeugt von einem speziellen Verständnis des Nahen Ostens. Israel hat im Gazastreifen nichts zu sagen, sondern die Hamas. Diese wählt aus, wer ausreisen darf. Wir von der SVP und FDP haben konkrete Fragen dazu gestellt, warum medizinische Hilfe vor Ort nicht sinnvoller und effizienter als der Einflug in die Schweiz sei. Wir haben gefragt, ob Sie nicht auch Sicherheitsbedenken hätten, Leute hierher zu bringen, die kein Gesetz über die Scharia setzen. Und wir haben gefragt, wieso wir dafür aufkommen sollen und wieso nicht Millionäre aus dem muslimischen Raum, die für das ganze Fiasko verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen würden. Antworten habe ich fast keine erhalten, bloss Beleidigungen. Sie gehen nicht auf Fragen und Argumente ein. Ich glaube nicht, dass das langfristig für Sie funktionieren wird.

Sophie Blaser (AL): Es war eine ausufernde und bewegende Debatte. Es geht nicht um uns, Stefan Urech (SVP), es muss nicht für mich aufgehen. Ich bin nicht verletzt, ich bin nicht im Gazastreifen und ich bin kein Kind. Schon als Kind habe ich es nicht verstanden und verstehe bis heute nicht, weshalb das Leid an Frauen so viel schlimmer als an Männern sein sollte. Es ist auch nicht in Ordnung, Männer zu verstümmeln, zu foltern, zu erschliessen. Aber heute hat sich die Debatte auf Kinder reduziert. Selbst Frauen wurden nicht einbezogen. Wir haben die Anfrage des Bundes auf 20 Kinder reduziert. So wichtig wie uns das eigene Leben und die eigene Sicherheit ist, so klar müsste uns sein, wie wichtig die Behandlung für ein verletztes Kind ist. In diesem Moment ist vielleicht nicht so wichtig, wie viele andere Kinder auch behandelt werden. Wenn es um Leben und Tod geht, geht es eben auch um Einzelne. Insofern ist es wichtig, dass wir Menschen in der Schweiz aufnehmen, dass wir empathisch sind. Sie haben uns gezeigt, dass sie Empathie teilweise nicht kennen. Wir haben seit heute ein Ratsmitglied, das sich selbst als Rassisten bezeichnet. Das ist ein Tiefpunkt. Die SVP-Fraktion meinte kürzlich, dass sie einen Rassisten sofort ausschliessen würde. Ich möchte mich bei den Menschen entschuldigen, die nicht mehr dem Livestream zugeschaltet sind, weil sie das nicht ausgehalten haben. Vielleicht ist es naiv, vielleicht ist es Kalkül – auf jeden Fall ist es eklig. Ich möchte mich auch bei den muslimischen Ratsmitgliedern und Mitmenschen entschuldigen, dass wir es nicht schaffen, sie vor diesen Angriffen zu schützen und dass sie täglich antimuslimischen Rassismus erleben müssen. Ich bin aber sehr froh, dass es nach dieser Debatte eine Mehrheit gibt, die zumindest für einige Familien Hoffnung schafft.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Der Stadtrat ist sehr gerne bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, in dieser Situation einen Beitrag zu leisten. Die Stadt Zürich kann in diesem Bereich nicht von sich aus allein handeln. Es gibt verschiedene Hindernisse, die wir nicht selbst regeln können. Bund und Kanton spielen eine wichtige Rolle. Wahrscheinlich können Triemli-Spital und Stadtspital nicht den gleichen Beitrag wie ein spezialisiertes Spital leisten. Aber entscheidend ist die Frage, ob die Stadt bereit ist, hinzustehen und sich zu einem Beitrag zu bekennen. Wie dieser Beitrag aussehen wird, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Wir haben verschiedene Gespräche geführt. Sollte das Postulat überwiesen werden, werden wir die Gespräche forcieren. Wir haben wahnsinnig viele Gründe gehört, warum dies nicht möglich oder weshalb es der falsche Ort sei, um dieses Thema zu besprechen. Es wurde gesagt, Kanton und

Bund seien zuständig. Doch Flüchtlingspolitik ist eine Verbundaufgabe. Natürlich können wir es nicht allein lösen. Aber wenn wir als Gemeinde einen ansehnlichen Teil zur Flüchtlingspolitik des Landes beitragen, dürfen wir zumindest sagen, dass wir es sinnvoll finden, mehr zu tun. Einige meinen, wir würden die Falschen herholen. Wenn wir in den letzten zwölf Jahren hier im Saal über «Resettlements» oder zusätzliche Kontingente diskutierten, waren es immer die gleichen Parteien, die diese Menschen für die Falschen hielten. Es ist ein Fehler, zu konstruieren, weshalb das nun nicht gehen sollte. Die Frage, ob es mehr Kinder sind oder nicht, ist ein seltsames Argument. Ihr findet, es handle sich bloss um einen kleinen Beitrag. Natürlich könnten wir mehr tun. Die Schweiz hat in ihrer humanitären Tradition nie die Welt gerettet, jedoch einen Beitrag geleistet. Der Stadtrat ist überzeugt: Wenn wir hier keinen Beitrag leisten, müssen wir uns hintsinnen. Wir werden das Postulat ernsthaft prüfen, unsere Möglichkeiten ausloten. Wie erfolgreich wir sein werden, weiss ich nicht. Doch es ist in der aktuellen Debatte sehr wichtig, dass sich die grösste Schweizer Stadt äussert und die eigene Bereitschaft signalisiert.

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5410. 2024/463

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 25.09.2024:
Förderung der Velonutzung in Witikon**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3756/2024) und zieht es zurück: Diesen Vorstoss zur Förderung der Velonutzung in Witikon haben wir vor gut einem Jahr eingereicht. Insbesondere sollten Bikesharing-Stationen eingerichtet werden. Was ist unterdessen passiert? Ein Wunder: Vier Bikesharing-Stationen wurden vor drei Wochen in Witikon installiert. Unübersehbar stehen jetzt die grün-blauen Tafeln mit der grossen Inschrift «Züri Velo» an vier Standorten im Quartier. Das Timing ist perfekt. Urs Riklin (Grüne) und ich bilden uns ein, dass die Bikesharing-Stationen aufgrund unseres Postulats entstanden sind. Die Hauptforderung des Postulats ist somit erfüllt. Wir sind glücklich und ziehen das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5411. 2025/535

Postulat von Cordelia Forde (SP), Maya Kägi Götz (SP) und Rahel Habegger (SP) vom 12.11.2025:

Unterstützung der in den Werkhallen an der Allmendstrasse eingemieteten nicht-kommerziellen Organisationen und Personen bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie Sicherung ihres Fortbestehens

Von Cordelia Forde (SP), Maya Kägi Götz (SP) und Rahel Habegger (SP) ist am 12. November 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie den derzeit in den Werkhallen an der Allmendstrasse 91–95 im Gebiet Manegg/Wollishofen eingemieteten nichtkommerziellen Organisationen und Personen bei der Suche nach neuen, geeigneten Räumlichkeiten sowie bei der Sicherung ihres Fortbestehens und ihrer kontinuierlichen Tätigkeit wirksam Unterstützung geboten werden kann.

Begründung:

Die Gebäude im Industrieareal an der Allmendstrasse 91–95 werden gemäss SR Nr. 738/2021 von nicht kommerziellen Organisationen seit Mai 2021 zwischengenutzt. Zu diesem Zweck wurde mit der Grundeigentümerin und Verleiherin ein Nachtrag zum Baurechtsvertrag vom 13. August 2020 sowie ein Gebrauchsleihevertrag abgeschlossen.

Entsprechend bieten die Werkhallen, auf deren Areal der Bau des neuen Schulhauses Höckler vorgesehen ist, derzeit mehreren für das Quartier Manegg und darüber hinaus bedeutenden Organisationen wertvolle Nutzflächen im Rahmen einer Zwischennutzung. Durch die mehrjährige Tätigkeit an diesem Standort sind diese Organisationen im Quartier fest verankert und tragen wesentlich zum sozialen und kulturellen Leben der Stadt bei.

Zu den aktuellen Nutzenden gehören unter anderem: «Essen für Alle», der einzige stadtweite Verein, der armutsbetroffenen und prekarierten Menschen Sachleistungen in dieser Form bietet; der Verein «Zitrone», der in Büro-, Werkstatt- und Magazinräumen Ateliers, Kleinwerkstätten und Proberäume für Musik und Theater einrichtet, trägt massgeblich zur kulturellen Vielfalt bei; «Off Cut», dessen Lager durch Resteverwertung einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leistet, sowie weitere Kulturschaffende, die kulturelle Genres fördern, die sonst kaum eine Plattform finden.

Ein Wegfall der Zwischennutzungsmöglichkeit würde für diese Organisationen eine erhebliche Raumnot bedeuten und ihr Weiterbestehen gefährden. Müssten sie ihre Tätigkeiten einstellen, ginge dem Quartier und der Stadt ein wertvoller sozialer und kultureller Beitrag verloren.

Es liegt daher im öffentlichen Interesse, dass der Stadtrat die betroffenen Organisationen bei der Planung des neuen Schulhauses Höckler gebührend berücksichtigt und sie aktiv bei der Sicherung geeigneter Ersatzräume sowie beim Fortführen ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit unterstützt.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5412. 2025/536

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP), Reto Brüesch (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 12.11.2025:

Berufliche Grundbildung in der städtischen Verwaltung, Anzahl Lernende, Instrumente, Regelungen und Massnahmen für eine qualitativ hochwertige, faire und geschützte Ausbildung, Zusatzleistungen, interne Anlaufstellen, Unterstützungsangebote und Beratungsstellen sowie Massnahmen für die Integration von Lernenden nach Abschluss der Lehre

Von Pascal Lamprecht (SP), Reto Brüesch (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich nimmt als grosse öffentliche Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion in der beruflichen Grundbildung wahr. Lernende befinden sich in einer sensiblen Phase ihrer beruflichen Entwicklung und verdienen eine qualitativ hochwertige, faire und geschützte Ausbildung. Insbesondere sind folgende Punkte zentral: angemessene Vertrags- und Rekrutierungspraktiken, Verhinderung von Ausbeutung als billige Arbeitskräfte, Schutz vor Mobbing, Diskriminierung und sexualisierter Belästigung, niederschwellige Beratungs- und Beschwerdestellen sowie die Gewährleistung gleicher Standards bei Kooperationen mit privaten Ausbildungsbetrieben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Deutschschweizer Kantone haben Unternehmen empfohlen, Lehrverträge erst ab dem 1. November des Vorjahres abzuschliessen, um Jugendlichen die Berufs- und Lehrstellensuche zu erleichtern. Wie setzt die Stadt Zürich diese Empfehlung als Vorbildbetrieb um (konkret: interne Weisungen, Fristen, Praxis bei Ausschreibungen von Lehrstellen)?
2. Wie viele Lernende werden aktuell durch die Stadt Zürich ausgebildet, und in welchen Berufen?
3. Wie viele Lehrende werden aktuell durch private Ausbildungsbetrieben in der Stadt Zürich ausgebildet und in welchen Berufen?
4. Mit welchen Instrumenten und Massnahmen stellt die Stadt sicher, dass Lernende nicht als günstige Arbeitskräfte eingesetzt werden, sondern eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten?
5. Welche Regelungen gelten für Zusatzleistungen/Benefits für Lernende der Stadt Zürich (z. B. Monats- oder Jahres-ÖV-Abos, Sportangebote, psychologische Beratung, Kursvergütungen)? Unterscheiden sich diese Leistungen je nach Departement oder Berufsfeld? Liegen Vergleichsdaten zu privaten Ausbildungsbetrieben vor?
6. Welche internen Anlaufstellen und Meldewege stehen Lernenden der Stadt Zürich im Fall von Mobbing, Diskriminierung oder sexualisierter Belästigung zur Verfügung? Wie werden Berufsbildner:innen und Vorgesetzte im Umgang mit solchen Fällen sensibilisiert und geschult?
7. Welche Unterstützungsangebote oder Beratungsstellen der Stadt Zürich stehen Lernenden offen, die sich in externen (privaten) Ausbildungsbetrieben befinden?
8. Welche Massnahmen bestehen zur Früherkennung und Unterstützung von Lernenden, die unter psychischer oder physischer Belastung leiden? Gibt es spezifische Stressbewältigungs- oder psychologische Beratungsangebote speziell für Lernende? Wie wird sichergestellt, dass Lernende in externen Betrieben ebenfalls Zugang zu diesen Angeboten haben?
9. Welche Rolle spielt die Stadt Zürich bei externen Ausbildungsstätten und wie gestaltet die Stadt Zürich die Zusammenarbeit mit externen Ausbildungsbetrieben? Nach welchen Kriterien werden diese Partner ausgewählt, und wie überprüft die Stadt die Qualität der Ausbildung dort?
10. Wie viele Lernende wurden in den letzten fünf Jahren nach Abschluss der Lehre von der Stadtverwaltung unbefristet übernommen? Bitte die Zahlen pro Jahr angeben sowie den Anteil in Prozent gemessen an den Lehrabschlüssen pro Jahr?
11. Welche konkreten Massnahmen kann die Stadt Zürich ergreifen oder hat sie ergriffen, um die Integration von Lernenden nach Abschluss der Lehre in die Verwaltung zu verbessern (z. B. Praktikums-/Überbrückungsstellen, Mentoring, Weiterbildungsangebote, priorisierte Stellenvermittlung)?
12. Existiert in der Stadt Zürich ein zentraler Stellenpool oder eine koordinierte Vermittlungsstelle für abschliessende Lernende, um nahtlose Anschlusslösungen zu ermöglichen? Wenn ja: Welche Zugangsbedingungen gelten und wie viele Lernende konnten über diesen Pool in eine Anschlussstelle vermittelt werden (Zahl/Pro Jahr)?

Mitteilung an den Stadtrat

5413. 2025/537

Schriftliche Anfrage von Micha Amstad (SP), Lara Can (SP) und Fanny de Weck (SP) vom 12.11.2025:

Prekäre Arbeitsbedingungen bei Uber, Datenbasis zur quantitativen Erfassung der Tätigkeiten von Uber, Anzahl Personen, die Personentransporte über Plattformunternehmen leisten, Erkenntnisse aus den Kontrollen, Beurteilung der Situation und des Handlungsbedarfs sowie Handlungsspielraum für die Einhaltung arbeitsrechtlicher Bundesvorschriften auf dem Gemeindegebiet

Von Micha Amstad (SP), Lara Can (SP) und Fanny de Weck (SP) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Montag, 20. Oktober 2025, streikten und demonstrierten über einhundert Uber-Fahrer:innen in Zürich gegen prekäre Arbeitsbedingungen. Umfragen unter den Betroffenen bringen Besorgniserregendes zu Tage. Auch mit einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von über 11 Stunden, was rechtlich nicht zulässig wäre, erhalten die Fahrer:innen nicht genügend Einkommen, um den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren. Zudem unternehmen Uber und andere Plattformunternehmen nach wie vor alles, um die Scheinselbstständigkeit der Fahrer:innen aufrechtzuerhalten und somit ihren Pflichten als Arbeitgeber zu entgehen. Dies zeigt sich an mehreren Gerichtsurteilen.

Der Handlungsbedarf ist dringlich. Gemäss den Aussagen der Fahrer:innen haben sich die schon von Beginn weg schlechten Arbeitsbedingungen weiter drastisch verschlimmert. Aus diesem Grund organisierten sich die Betroffenen selbst und starteten eine Petition, mit welcher sie den Kanton zum Handeln auffordern. Es ist davon auszugehen, dass die Uber-Fahrer:innen regelmässig in der Stadt Zürich arbeiten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Datenbasis steht der Stadt zur Verfügung oder erhebt die Stadt selbst, um die Tätigkeiten von Uber auf dem Stadtgebiet quantitativ zu erfassen? Falls die Datenlage unzureichend ist: Welche zusätzlichen Ressourcen bräuchte es, um eine fundierte Datenbasis zu schaffen?
2. Das kantonale Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen und die entsprechende Verordnung (PTLG/PTLV) sehen eine Meldepflicht von Anbieter:innen sowie die Kennzeichnung der verwendeten Fahrzeuge vor. Wie viele Personen leisten Personentransporte über Plattformunternehmen wie Uber in der Stadt Zürich?
3. Könnte aufgrund der obengenannten Gesetzgebung die Kontrolle bspw. im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen der Fahrer:innen intensiviert werden? Wenn ja, welche Erkenntnisse lassen sich aus den Kontrollen ziehen? Wir bitten den Stadtrat, falls nötig die entsprechenden Informationen beim Kanton einzuholen.
4. Können Aussagen über die Umsätze, welche Uber auf dem Stadtgebiet generiert, getroffen werden?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation der Fahrer:innen von Uber und anderen Plattformen?
6. Welcher Handlungsbedarf für den Stadtrat ergibt sich aus der entsprechenden Beurteilung?
7. Welche Möglichkeiten gäbe es für die Stadt, die Uber-Fahrer bei ihrer Petition und ihren Forderungen gegenüber dem Kanton zu unterstützen?
8. Welchen Handlungsspielraum sieht der Stadtrat, um die Tätigkeiten von Uber und anderen Plattformen zu regulieren und damit die Umstände der Fahrer:innen zu verbessern?
9. Welchen Handlungsspielraum sieht der Stadtrat, um die Einhaltung arbeitsrechtlicher Bundesvorschriften auf dem Gemeindegebiet zu gewährleisten und damit die Umstände der Fahrer:innen zu verbessern?
10. Welche potenziell neuen Handlungsspielräume ergeben sich aus Sicht der Stadt nach Einführung des Mindestlohnes?
11. Kann die Stadt eine Einschätzung abgeben, welche Beweggründe zur Verlegung des Hauptsitzes von Uber nach Luzern geführt hat?

Mitteilung an den Stadtrat

5414. 2025/538

Schriftliche Anfrage von Sibylle Kauer (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 12.11.2025:

Technopartys neben dem Berggasthaus Uto Staffel und beim Uto Kulm, möglicher Verstoss gegen die Schutzbestimmungen und die kantonale Schutzverordnung sowie unwillkommene Auswirkungen auf die Anwohnenden und die Erholungssuchenden

Von Sibylle Kauer (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Jahren finden auf einer Wiese neben dem Berggasthaus Uto Staffel (Zürich-Wiedikon) sowie auf den Aussenterrassen des Restaurants Uto Kulm (Gemeinde Stallikon) Technopartys statt. Dabei handelt es sich um Freiluft-Massenanlässe mit 500 bis 1000 Teilnehmenden, an denen vom frühen Nachmittag an bis abends um 22 bzw. 23 Uhr zu elektronisch erzeugter Musik getanzt wird.

Beide Veranstaltungsorte befinden sich im Zentrum des Schutzgebiets "BLN 1306 Albiskette-Reppischtal" (BLN = Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung). In den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen wird als eines von 18 konkreten Schutzziele für diese Region explizit das Erhalten der Ruhe, insbesondere in den Wäldern aufgeführt.

Zusätzlich hat der Kanton Zürich eine eigene Verordnung "zum Schutz des Uetliberg-Albis, Landschafts- und Naturschutzgebiet mit überkommener Bedeutung in den Gemeinden Stallikon, Uitikon und der Stadt Zürich" erlassen. Darin werden sogenannte Waldschutzzonen ausgeschieden, in denen alle Tätigkeiten verboten sind, die Tiere beeinträchtigen, insbesondere das Stören von wild lebenden Tieren.

Die Schauplätze auf dem Uetliberg, wo die Raves jeweils stattfinden, sind praktisch auf allen Seiten von solchen Waldschutzzonen umgeben. Der Abstand zwischen den Lautsprecheranlagen und dem Waldrand beträgt an beiden Standorten nur wenige Meter.

Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Sachverhalten bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass das Veranstellen dieser Technopartys auf dem Uetliberg eine Zuwiderhandlung gegen die für die Region "BLN 1306 Albiskette-Reppischtal" geltenden Schutzbestimmungen darstellt?
2. Teilt er ferner die Ansicht, dass eine über 10 Stunden hinweg ununterbrochen andauernde Beschallung der näheren und weiteren Umgebung von Uto Staffel und Uto Kulm mit elektronisch erzeugter Musik im Umfang von 90 bzw. 93 dB die Vorgaben der kantonalen Schutzverordnung Uetliberg-Albis verletzt?
3. Dem Vernehmen nach fühlen sich Uetliberg-Anwohnerinnen und -Anwohner sowie Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtquartiers Leimbach von den Lärmimmissionen der Technopartys massiv gestört. Unmittelbar betroffen von der weitreichenden Beschallung sind zudem stets auch Wanderer, Spaziergängerinnen, Picknickende usw., die in der Naturlandschaft Uetliberg Ruhe und Erholung von der Hektik des Alltags suchen.
 - Sind diese unwillkommenen Auswirkungen der Uetliberg-Raves dem Stadtrat bekannt?

Mitteilung an den Stadtrat

5415. 2025/539

Schriftliche Anfrage von Sibylle Kauer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 12.11.2025:

Stadtwald als attraktiver Erholungs- und Erlebnisraum für die Bevölkerung, Involvierung in die Erarbeitung des kantonalen Waldentwicklungsplans, Details zum integralen Betriebsplan Wald, gefällte Holzmenge, geplanter Holzschlag pro Jahr und Kosten, Erhebung der Kronendichte sowie angestrebte Änderung der Flächenanteile betreffend Nutzung

Von Sibylle Kauer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtwald bedeckt ein Viertel der Stadtfläche oder rund 2200 Hektaren und bildet somit die grösste öffentlich zugängliche Grünfläche. Er dient als attraktiver Erholungs- und Erlebnisraum für die Bevölkerung und ist ein wertvoller Lebensraum für Tiere und Pflanzen. 64 Prozent dieser Fläche befinden sich in städtischem Besitz. Die Waldnutzung und -pflege durch die Stadt prägt also den Stadtwald vorrangig und einer sorgfältigen Planung der Nutzung und Pflege kommt deshalb grosses Gewicht zu.

(Angaben aus der Zeitschrift des Schweizerischen Forstvereins «Waldpflege durch Grün Stadt Zürich, Organisation und Strategien»)

Hierzu ein paar Fragen mit der Bitte um Beantwortung:

1. Der städtische Waldentwicklungsplan (WEP 2011) konkretisiert die Strategien zur Waldpflege und berücksichtigt die Bedürfnisse in einem urbanen Umfeld auf Basis des kantonalen WEP (WEP 2010). Aktuell wird vom Kanton der WEP überarbeitet (WEP 2025). Der WEP 2025 soll konsequent nach den sogenannten Helsinki-Kriterien aufgebaut werden. Dies ist ein international anerkanntes Set von Kriterien zur Beschreibung der Nachhaltigkeit von Wäldern. Auch einfließen soll die vom Bund eingeforderte Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur (ÖI). Inwieweit und in welcher Form ist die Stadt Zürich bei der Erarbeitung WEP 2025 und ÖI involviert?
2. Wird die Stadt wie 2010 den kantonalen WEP unter Berücksichtigung der Bedürfnisse in einem urbanen Umfeld den aktuellen Gegebenheiten und dem neuen Wissensstand anpassen? Wenn nein, wieso nicht? Wenn ja, wie sieht der ungefähre Ablauf formell und zeitlich aus?
3. Über den Integralen Betriebsplan Wald der Stadt Zürich wird laut Grün Stadt Zürich die Umsetzung des WEP gesichert.
 - Ist der Integrale Betriebsplan Wald öffentlich?
 - Wenn ja, wo ist der Plan zu finden?
 - Wenn nein, warum ist er nicht öffentlich?
4. Wie viel Kubikmeter Holz wurde die letzten 10 Jahre im stadteigenen Wald in Zürich gefällt und aus ihm entnommen (bitte aufgeschlüsselt nach Waldrevier sowie insgesamt nach Verwendung als "Bauholz", "Möbelholz", "Energieholz", "anderes"; in Prozent und als absolute Menge)?
5. Wie viel Kubikmeter Holz plant die Stadt Zürich in den kommenden 10 Jahren jährlich zu schlagen (bitte aufgeschlüsselt nach Waldrevier sowie insgesamt nach Verwendung als "Bauholz", "Möbelholz", "Energieholz", "anderes"; in Prozent und als absolute Menge)?
6. Wieviel Holzschlag in Kubikmetern ist pro Jahr geplant für die Zukunft (bitte Tabelle für die nächsten 10 Jahre, aufgeschlüsselt einerseits nach den einzelnen Wäldern und andererseits insgesamt nach Verwendung in Prozenten und Totalmenge Bauholz, Möbelholz, Energieholz, anderes)?
7. Wie viel kostet die Durchführung der Holzschläge die Stadt Zürich pro Jahr und wie viel bringt der Holzverkauf ein (bitte Angaben über die letzten 10 Jahre)?
8. Wohin wurde das Holz verkauft (Land, Kanton)? Hat die Stadt Holzlieferverträge mit Abnehmer*innen? Wenn ja, bitte Angaben zu Vertragspartnern, Holzarten, jährlichen Mengen und Vertragsdauer.
9. Gibt es Erhebungen zur Kronendichte im Wald auf Stadtgebiet? Wenn ja, wie hat sich die Kronendichte in den letzten 20 Jahren entwickelt?
10. Wo hat welche Nutzung Vorrang (Förderung der biologischen Vielfalt, Holznutzung usw.) und mit welchem Anteil der Waldfläche in %? Wird eine Änderung der Flächenanteile angestrebt?

Mitteilung an den Stadtrat

5416. 2025/540

Schriftliche Anfrage von Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 12.11.2025:

Datenbeschaffung von Strom- und Wasserversorgern durch die Steuerbehörden, Datenlieferungen durch städtische Dienstabteilungen, Rechtsgrundlage und Verhältnismässigkeit der Datenweitergabe, Information der Betroffenen über die Datenweitergabe sowie datenschutzrechtliche Einordnung des Sachverhalts

Von Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 12. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 11.11.2025 war in der NZZ zu lesen, dass "Steuerkommissäre (...) sich von Strom- und Wasserversorgern Angaben zum Verbrauch besorgen. Sie tun dies auf der Suche nach Indizien, dass ein mutmasslicher

Steuerbetrüger nicht wirklich dort wohnt, wo er zu wohnen behauptet. Werden sie fündig, werden solche Daten auch vor Gericht verwendet.”

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche städtischen Dienstabteilungen liefern dem kantonalen Steueramt Daten? Welche Daten werden geliefert?
2. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Datenweitergabe?
3. Inwiefern wird die Verhältnismässigkeit dieser Datenweitergabe berücksichtigt?
4. Welchen anderen kommunalen, kantonalen oder eidgenössischen Amtsstellen geben städtische Dienstabteilungen Daten weiter? Bitte um Angabe der jeweiligen Datenbestände, liefernde Dienstabteilung, empfangende Amtsstelle und Rechtsgrundlage.
5. Wie werden die betroffenen Personen über die Datenweitergabe informiert?
6. Falls Daten weitergegeben werden: Wie ordnet der Stadtrat diesen Sachverhalt datenschutzrechtlich ein?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 19. November 2025, 17.00 Uhr